

Philipp T. Haase

Gustav Adolf Scheel: Studentenfürher, Gauleiter, Verschwörer. Ein politischer Werdegang

* 22. November 1907 in Rosenberg (Baden)

† 25. März 1979 in Hamburg

1930 NSDAP und SA, 1933 Führer der Deutschen Studentenschaft (DSt) und des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) in Heidelberg, 1935 Führer des SD-Oberabschnitts Südwest in Stuttgart, 1936–45 Reichsstudentenfürher, 1940/41 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) im Elsass, 1941–45 Gauleiter und Reichsstatthalter von Salzburg, in Hitlers Testament vorgesehen als Reichskultusminister, 1950er Jahre zentraler Verbindungsmann ehemaliger NS-Größen



Etwa zwei Jahre nach seiner Inhaftnahme durch amerikanische Truppen stellte sich Gustav Adolf Scheel 1947 die Frage: „Bin ich schuldig?“. In einem umfassenden Frage- und Antwortkatalog versuchte er darzulegen, weshalb seiner Person keine Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen zukomme; nach fast 200 Bemerkungen folgerte Scheel, dass er „[m]it dem, was man heute unter NS versteht, [...] so gut wie nichts zu tun“¹ gehabt habe. Dieses Urteil eines Mannes, der in manch hohem Amt im „Dritten Reich“ gewirkt hatte, lässt erahnen, dass er nicht bereit war, seine Beteiligung am Unrecht, das unter nationalsozialistischer Herrschaft in so vielfältiger Form begangen worden war, einzugestehen.

Der vorliegende Beitrag setzt sich zum Ziel, Scheels politischen Werdegang vom Ende der Weimarer Republik bis in die junge Bundesrepublik hinein nachzuvollziehen. Bereits erschienene biografische Arbeiten über Gustav Adolf Scheel legen den Fokus insbesondere auf sein Wirken als nationalsozialistischer Hochschulpolitiker.² Auf der Grundlage zusätzlichen Quellenmaterials und um

¹ Niederschrift Dr. Scheel im Interniertenlager: „Bin ich schuldig?“, undatiert, vermutlich 1947/48, zit. n. Willing, Georg-Franz: „Bin ich schuldig?“ Leben und Wirken des Reichsstudentenfürhers und Gauleiters Dr. Gustav Adolf Scheel 1907–1979. Eine Biographie, Leoni am Starnberger See 1987, S. 143. Der Katalog liegt vermutlich im Nachlass Scheels im Salzburger Landesarchiv (SLA), der noch bis 6. September 2032 einer Archivsperre unterliegen (Auskunft des SLA, 11. Februar 2016).

² Hervorzuheben ist hier insbesondere Arnold, Birgit: „Deutscher Student, es ist nicht nötig, daß Du lebst, wohl aber, daß Du Deine Pflicht gegenüber Deinem Volk erfüllst“. Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenfürher und Gauleiter von Salzburg, in: Kießener, Michael/Scholtzysek, Joachim (Hg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 2), Konstanz 1997, S. 567–594. Weitere biografische Arbeiten zu Scheel, vgl. Lilla, Joachim: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch,

dem erweiterten Forschungsstand Rechnung zu tragen, sollen im Folgenden aber auch seine Aktivitäten als führender SD-Mitarbeiter in Straßburg und Gau-leiter in Salzburg betrachtet werden; ebenso finden Scheels Nachkriegstätigkeiten in rechtsextremen Untergrundverbänden hier Beachtung.

Gustav Adolf Scheel und die Universitäten

Erste Schritte auf dem hochschulpolitischen Parkett

Als Sohn eines evangelischen Pfarrers im badischen Rosenberg geboren, wuchs Gustav Adolf Scheel in Bötzingen, Tauberbischofsheim und Mannheim auf, wo er 1928 sein Abitur am Karl-Friedrich-Gymnasium ablegte. Schon bevor er erstmals politisch aktiv wurde, hatte er in den 1920er Jahren Erfahrungen im völkischen Milieu gesammelt. Seinem Alter und dem Zeitgeist entsprechend engagierte er sich in verschiedenen Jugendgruppen, war in evangelischen Vereinen tätig und beteiligte sich ab 1922 im „Großdeutschen Jugendbund“. Später sollte er sich rühmen, bereits als Schüler mit dem Gesetz der verhassten Weimarer Republik in Konflikt geraten zu sein: Wegen Delikten des Landfriedensbruchs und des Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz wurde er vernommen, ein Verfahren allerdings nie eröffnet.³

Nach dem Abitur schrieb Scheel sich für ein Theologiestudium an der Universität Heidelberg ein, das er schon kurz darauf in Tübingen fortsetzte, um dort schließlich zur Medizin zu wechseln. War er in den ersten Semestern seiner studentischen Laufbahn offenbar noch nicht hochschulpolitisch aktiv, änderte sich dieser Umstand mit seiner Rückkehr an die Universität Heidelberg im Sommersemester 1930. Hier engagierte sich Scheel, nun Mitglied der Großdeutschen Studentengemeinschaft (GStG), als Beisitzer im Amt für Staatspolitische Erziehung sowie im Grenz- und Auslandsamt erstmals auch innerhalb des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA).⁴ Die GStG vereinte die Interessen der farbentragenden Verbindungen, denen sich Scheel aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Verein Deutscher Studenten, ebenfalls einer Korporation, verbunden sah.⁵ Programmatisch unterschied sich die GStG nur in wenigen Punkten vom

Düsseldorf 2004, S. 547–549; Ferdinand, Horst: Scheel, Gustav Adolf, in: Ottnad, Bernd (Hg.): Baden-Württembergische Biographien, Bd. 2, Tübingen 1999, S. 395–399. Sehr kritisch zu lesen ist die einzig umfangreichere Biografie zu Scheel, da sie sich fast ausschließlich auf Entlastungszeugen im Entnazifizierungsverfahren beruft und stark apologetischen Charakter hat, vgl. Willing 1987 (wie Anm. 1). Der Wert der Arbeit liegt allenfalls in den angehängten Quellen und den Informationen insbesondere zu Scheels Leben nach 1945, da der Autor auch mit der Witwe Scheels in Austausch stand.

³ Vgl. Arnold (wie Anm. 2), S. 571; StAL EL 903/3 Bü 2241, Lebenslauf vom 30.04.1948.

⁴ Vgl. Der Heidelberger Student (DHSt), SS 1930, Nr. 2 (21. Mai), S. 1. Scheel gab später an, bereits seit 1929 im NSDStB aktiv gewesen zu sein, vgl. BArch Berlin R/9361/III/552625, Lebenslauf vom 07.05.1934; Lilla (wie Anm. 2), S. 937. Angesichts des Engagements beim GStG erscheint dies aber unwahrscheinlich.

⁵ Vgl. Zimmermann, Clemens: Die Bücherverbrennung am 17. Mai 1933 in Heidelberg. Studenten und Politik am Ende der Weimarer Republik, in: Leonhard, Joachim-Felix (Hg.): Bücherverbrennung. Zensur, Verbot, Vernichtung unter dem Nationalsozialismus in Heidelberg (= Heidelberg Bibliotheksschriften, Bd. 7), Heidelberg 1983, S. 55–85, hier: S. 67.

Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB), trat sie doch bereits seit 1924 mit einem rechtsradikal geprägten Programm bei den Wahlen zum AStA an.⁶

Scheel vollzog schon bald den Sprung zur nationalsozialistischen Bewegung, als er im Oktober 1930 der SA und in der Folge auch der NSDAP beiträt.⁷ Die Entwicklung von den bündischen Jugendorganisationen hin zum Nationalsozialismus war allerdings nur bedingt „folgerichtig“⁸: Zwar überschritten sich die Ideologien der Konservativ-Rechten mit den Nationalsozialisten in vielen Bereichen, doch war seine nun folgende Hinwendung zum NSDStB eine deutliche Absage an bürgerlich-elitäre Tendenzen. Auch war hier ein anderer politischer Aktivismus vorzufinden, der die bis dahin zahlenmäßige Unterlegenheit gegenüber den Korporierten durch ein Mehr an Einsatz wettmachte.⁹

Insofern scheint es sich nicht nur um ein Nachkriegsnarrativ zu handeln, wenn Scheel rückblickend seine Überzeugung beschreibt, „dass Deutschland und das Abendland nur in der Verbindung von Tradition und Sozialismus gerettet werden koenne“¹⁰. Anstatt sich also weiter innerhalb der traditionsreichen Korporationen an der Universität Heidelberg zu engagieren, zog Scheel nun vorerst für einen Nationalen Sozialismus zu Felde. Hinzu kam sicherlich auch ein gewisser politischer Opportunismus und Geltungsdrang „im Kleinen“, hatte der NSDStB doch in der vorangegangenen AStA-Wahl erstmals die Mehrheit der Stimmen für sich verbuchen können.

Seine zunehmend wichtige Rolle in der Heidelberger Studentenschaft verdankte Scheel dann auch einer Zusammenarbeit von NSDStB und seinen früheren Kollegen der GStG. So wurde Scheel 1930 zwar keinesfalls Hochschulgruppenführer des NSDStB¹¹, leitete aber ab Januar 1931 die Deutsche Studentenschaft (DSt) Heidelberg, einen Zusammenschluss von NSDStB und GStG in Reaktion auf das AStA-Verbot durch Adam Remmele (1877-1951). Dieser hatte der

⁶ Vgl. Jansen, Christian: Der „Fall Gumbel“ und die Heidelberger Universität. 1924–32, Heidelberg 1981, S. 10.

⁷ Vgl. Arnold (wie Anm. 2), S. 572. Ob Scheel zeitgleich in SA und Partei eintrat, ist unbekannt. Bisweilen nennt er den 01.10.1930 auch als Eintrittsdatum zur NSDAP, es wird aber auch der 01.12.1930 genannt, vgl. BArch Berlin VBS 1/1160000105, Lebenslauf vom 27.05.1934.

⁸ Arnold (wie Anm. 2), S. 573.

⁹ Vgl. Jansen (wie Anm. 6), S. 26.

¹⁰ StAL EL 903/3 Bü 2241, Lebenslauf vom 30.04.1948.

¹¹ Wolgast, Eike: Die Studierenden, in: Eckart, Wolfgang U./Sellin, Volker/ Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S. 57–94, hier: S. 59, sieht Scheel bereits 1930 als Hochschulgruppenführer des NSDStB. Ein solch steiler Aufstieg wäre sehr überraschend gewesen, schließlich hatte Scheel noch einige Monate zuvor als letztes von elf gewählten Mitgliedern für die GStG Platz im AStA genommen, vgl. DHSt, SS 1930, Nr. 2 (21.05.), S. 47. Scheel wurde erst im Sommersemester 1933 Hochschulgruppenführer des NSDStB, vgl. Arnold (wie Anm. 2), S. 569, Anm. 7. NSDStB-Hochschulgruppenführer war 1930 Karl Doerr, vgl. Giovannini, Norbert: Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten 1918–1945, Weinheim 1990, S. 147.

studentischen Vertretung aufgrund des „Falls Gumbel“ die staatliche Anerkennung entzogen.¹²

Der Mathematiker Emil Gumbel (1891-1966) hatte durch sein offenes Bekenntnis zum Pazifismus bereits seit längerem rechte Kreise in Aufruhr versetzt, die nun Ende 1930 gegen seine Ernennung zum Professor an der Universität Heidelberg revoltierten.¹³ Scheels Rolle in den Auseinandersetzungen ist nur schwer einzuschätzen: Nach der Machtergreifung legte er in der Rückschau selbstverständlich größten Wert auf die Feststellung, dass er den „Kampf gegen den bekannten Juden Gumbel“¹⁴ angeführt hätte. Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus behauptete er hingegen, nie an den Krawallen beteiligt gewesen zu sein; dass dies nicht den Tatsachen entsprach, zeigt allein sein rednerisches Engagement gegen Gumbel, „den Schänder unserer Weltkriegsgefallenen“¹⁵, als die Proteste im Rahmen der „Kohlrüben-Affäre“¹⁶ im Jahr 1932 erneut aufflammten. Das anschließende Disziplinarverfahren endete für Scheel mit einem Verweis glimpflich, während Gumbel die Lehrerlaubnis entzogen und er in die Emigration gezwungen wurde.¹⁷

Außer Frage steht deshalb, dass Scheel seine Rolle nach 1945 herunterspielte; demgegenüber erscheint es aber zu kurzgegriffen, ihm die Führerschaft der Demonstrationen zu unterstellen, bedenkt man, dass er bei den Kundgebungen anderen Rednern deutlich mehr Platz als sich selbst einräumte.¹⁸ Auch dass der Studentenfürher selbst „zahlreiche[] Agitationsartikel im ‚Heidelberger Studentenblatt‘“¹⁹ veröffentlichte, lässt sich anhand der Quellen nicht belegen – vielmehr scheint die Forschung hier die nationalsozialistische Legendenbildung, die Scheel nach 1933 in Bezug auf seine eigene Person betrieb, übernommen zu haben. Im Rahmen der Vorgänge um Gumbel scheint er eher die Rolle des „Organisators“ eingenommen zu haben, der die Proteste als Führer der DST selbstverständlich und lautstark unterstützte, daneben aber auch koordinierte und zusammenführte.

¹² Vgl. Wolgast (2006) (wie Anm. 11), S. 58.

¹³ Vgl. Wolgast, Eike: Emil Julius Gumbel. Republikaner und Pazifist (= Heidelberger Diskussionsschriften, Nr. 171), Heidelberg 1992, S. 13.

¹⁴ BArch Berlin R/9361/III/552625, Lebenslauf vom 07.05.1934.

¹⁵ DHSt, SS 1932, Nr. 5 (1. Juli), S. 37. Dies im Gegensatz zur Einschätzung, er sei „nicht als Redner in Erscheinung“ getreten, vgl. Arnold (wie Anm. 2), S. 569. Arnold weist im Rahmen der Affäre selbst darauf hin, dass Scheel schon aus Zeitgründen nicht der Hauptakteur der Proteste gegen Gumbel gewesen sein mag, vgl. ebd., S. 570. So erinnert sich auch Doerr, dass Scheel die Veranstaltung, in der von der Kohlrübe als passendem Kriegerdenkmal gesprochen wurde, aufgrund einer Tagung verpasste, vgl. Doerr, Karl: Herr Gumbel und die Kohlrübe. Auch eine Geschichte aus Alt-Heidelberg (10. Fortsetzung). Der Jude Gumbel, in: Die Bewegung. Zentralorgan des NSD-Studentenbundes, Nr. 14, Jg. 4., 1. April 1936, S. 12.

¹⁶ Vgl. zur „Kohlrüben-Affäre“: Jansen (wie Anm. 6), S. 62 ff.

¹⁷ Vgl. Ferdinand (wie Anm. 2), S. 396.

¹⁸ Vgl. DHSt, SS 1932, Nr. 5 (1. Juli), S. 37.

¹⁹ Ferdinand (wie Anm. 2), S. 396.

Scheel hatte seit seinem Studienbeginn wichtige Voraussetzungen geschaffen, um auch in Zukunft eine Rolle in der hochschulpolitischen Landschaft Heidelbergs spielen zu können. Die DSt wurde schließlich vom Rektorat der Universität als legitimer Nachfolger des verbotenen AStA behandelt, obwohl sie sich keiner Abstimmung stellen musste.²⁰ Die Hoffnung, dass der schroffe Umgang mit Gumbel die politisch extreme Studentenschaft besänftigen würde, wurde aber enttäuscht: Als wenige Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler erstmals wieder Wahlen zum AStA stattfanden, konnte der NSDStB weiter zulegen und Scheel so auch den AStA in seine Gewalt bringen.²¹

Ein „wilder Studentenfürher“²² in Heidelberg

Doch in Folge der nationalsozialistischen Machtergreifung Ende Januar 1933 änderten sich auch die Strukturen an den Hochschulen umgehend: Gerade erst gewählt, wurde der AStA schon bald durch einen Ältestenrat ersetzt und Scheel stattdessen als Führer der Heidelberger Studentenschaft ernannt.²³ Im Sommersemester 1933 übernahm er dann zusätzlich zu diesem Amt tatsächlich die Hochschulführung des NSDStB²⁴ – Scheel führte in seiner Doppelfunktion als Führer der DSt und des NSDStB also schon früh eine Personalunion aus, die erst später auf Reichsebene umgesetzt werden sollte. Neben seinen Ämtern in Heidelberg bekleidete er auch erstmals überregional Posten im südwestdeutschen Raum, so als Kreisleiter der südwestdeutschen Studentenschaften und Gaustudentenbundsführer der badischen Gauleitung.²⁵ Der Machtantritt der Nationalsozialisten hatte sich für Scheel in einem deutlichen Zuwachs an Macht und Ämtern ausgewirkt, der nochmals erweitert wurde, als er ab dem Wintersemester 1933/34 in den sogenannten Führerstab um Rektor Wilhelm Groh (1890-1964) aufgenommen wurde und so wesentlich auf dessen Entscheidungen Einfluss nehmen konnte.²⁶

Scheel nutzte seine neue Machtfülle aus, um sich für die Vertreibung jüdischer und politisch missliebiger Studierenden und Dozenten von der Universität ein-

²⁰ Vgl. Arnold (wie Anm. 2), S. 573.

²¹ Vgl. Mußnug, Dorothee: Die Universität Heidelberg zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Doerr, Wilhelm (Hg.): *Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. 1386–1986. Festschrift in sechs Bänden, Bd. III: Das zwanzigste Jahrhundert. 1918-1985*, Berlin/Heidelberg 1985, S. 464–503, hier: S. 466 ff. Scheel konnte auf die Unterstützung von NSDStB und Nationalem Block bauen, zudem gaben ihm sechs von sieben katholischen Vertretern ihre Stimme, vgl. Giovannini (wie Anm. 11), S. 171.

²² So das Urteil Otto Brandts über Gustav Adolf Scheel, zit. n. Heiber, Helmut: *Universität unterm Hakenkreuz. Teil II: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen*, Bd. 2, München u.a. 1994, S. 282 f.

²³ Vgl. Gesetz über die Bildung von Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen vom 22. April 1933, in: RGBl. 1933 I, S. 215.

²⁴ Vgl. Arnold (wie Anm. 2), S. 569, Anm. 7.

²⁵ Vgl. ebd., S. 573.

²⁶ Vgl. Leo, Paul Christopher: *Wilhelm Groh – Erster Rektor der Ruperto-Carola in der NS-Zeit (= Rechtsgeschichtliche Studien, Bd. 52)*, Hamburg 2012, S. 86 ff.

zusetzen. In der Folge entwickelte sich ein universitäres Klima, das von Tumulten, Drohungen und Vorlesungsboykotten geprägt war: Der Studentenführer spielte hier als Scharfmacher häufig eine entscheidende Rolle und forderte mehrmals Entlassungen gegenüber Groh oder etwa dem Kultusministerium.²⁷ Anerkennend bemerkte Fritz Sturm 1935, dass er „in den Tagen und Monaten des Aufbaus kompromißlos gegen alle undeutschen und rassetalschen Lehren vor[ging] und die Universität von manchem Schädling des Deutschtums“²⁸ befreite.

So hatten beispielsweise der Staatsrechtler Gerhard Anschütz (1867-1948) und sein Kollege Alfred Weber (1868-1958), der sich durch antinationalsozialistische Äußerungen und die Entfernung einer Hakenkreuzfahne exponiert hatte, schon vor Verabschiedung des Berufsbeamtengesetzes bei der Universität ihre Emeritierung beantragt. Scheel, offenbar von Rachededanken geleitet, drängte auf eine Umwandlung der Anträge in Entlassung, was allerdings wirkungslos blieb.²⁹ „Erfolgreicher“ gestalteten sich seine Maßnahmen gegen den jüdischen Philosophen Raymond Klibansky (1905-2005), der auf Hinwirken Scheels beurlaubt wurde und einige Monate später seine Lehrbefugnis verlor;³⁰ einem ähnlichen Ansinnen des Studentenführers entging der jüdische Biochemiker Max Rudolf Lemberg (1896-1975), da er bereits nach England emigriert war.³¹ Tätig wurde Scheel auch im Falle des Kunsthistorikers August Grisebach (1881-1950), den er wegen seiner jüdischen Frau von der Universität ausschließen lassen wollte, was aber vorerst nicht gelang.³²

Am eindrücklichsten ist in diesem Zusammenhang Scheels Einflussnahme auf die Personalie Hermann Gundert (1909-1974), den der Altphilologe Karl Meister (1880-1963) für eine freiwerdende Assistentenstelle vorgeschlagen hatte. Der Studentenführer schaltete sich mit aus der Luft gegriffenen Vorwürfen in die

²⁷ Vgl. Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995, S. 69. Auch im Spruchkammerverfahren wurde vermutet, dass Scheel Strippenzieher hinter Maßnahmen gegen einige Universitätsangehörige war, vgl. StAL EL 903/3 Bü 2241, Aussage des Rektors der Universität Heidelberg vom 12. August 1948: „Auch der Boykott der juristischen Professoren Jellinek, Levy und Gutzwiller, die Nicht-Arier oder jüdisch versippt waren, [...] ist Scheel zur Last zu legen. Nach aussen trat allerdings der erwähnte Student Kreuzer in Erscheinung“.

²⁸ Sturm, Fritz: Unserem scheidenden Hochschulgruppenführer, in: DHSt, WS 1935/36, Nr. 2 (16. November), S. 1.

²⁹ Vgl. Mußgnug, Dorothee: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933 (= Heidelberger Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte, N.F., Bd. 2), Heidelberg 1988, S. 19 ff.

³⁰ Vgl. Art. „Prof. Dr. Raimund (Raymond) Klibansky“, in: Giovannini, Norbert/ Rink, Claudia/ Moraw, Frank: *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933 - 1945*, Heidelberg 2011, S. 221 f.

³¹ Vgl. Mußgnug 1988 (wie Anm. 29), S. 46.

³² Vgl. Art. „Prof. Dr. August Grisebach“, in: Giovannini, Norbert/ Rink, Claudia/ Moraw, Frank: *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933 - 1945*, Heidelberg 2011, S. 144f. 1937 wurde Grisebach dann als „jüdisch versippt“ auf Grundlage des Reichsbeamtengesetzes entlassen.

Sache ein und behauptete, Gundert sei ein Sozialist, der sich in jüdischer Gesellschaft bewege.³³ Meister versuchte in der Folge die Wogen zu glätten und die Vorwürfe Scheels gegenüber seinem Schützling zu entkräften, was im Gegenteil dazu führte, dass nun auch er unter Beschuss geriet. Gundert wurde entlassen, die Arbeit Karl Meisters auf Initiative Scheels massiv gestört,³⁴ sodass dieser vorerst von seinen Verpflichtungen im Lehrbetrieb entbunden wurde.³⁵

Auch die Studierendenschaft wurde Ziel der Anfeindungen Scheels: Auf seine Initiative ging es zurück, dass die badische Landesregierung schon am 13. April 1933 ein Immatrikulationsverbot für „nichtarische“ Studenten erließ und reichsweiten Regelungen damit vorgriff.³⁶ Doch ging Scheel nicht nur gegen jüdische Studenten vor, auch vermeintliche Kommunistinnen und Kommunisten drangsalierete er, als er dem Rektorat eine Liste mit Namen vorlegte, deren Träger seiner Meinung nach von der Universität zu verbannen seien.³⁷

Seine antisemitischen und antikommunistischen Maßnahmen in den Jahren 1933/34 unterstrich Scheel zusätzlich durch die Organisation und Teilnahme bei den Bücherverbrennungen am 17. Mai 1933.³⁸ In einer Rede polemisierte Scheel dort erneut gegen Gumbel, bezeichnete zudem die Schriftsteller Mann, Remarque und Tucholsky als „Verbrecher am deutschen Geiste“; zu einer ganz eigenen Interpretation der Geschehnisse im Heidelberg des Jahres 1933 kam er, als er behauptete, seine „SA-Kameraden“ würden „von bolschewistischen Verbrechern feige niedergeschlagen und ermordet“.³⁹

Scheel und auch andere Studentenführer wurden an ihren Universitäten immer mehr zu einem nahezu unkontrollierbaren Machtfaktor, der sich der Kontrolle der Parteiinstanzen entzog. Der erhebliche Einfluss, den sie ausübten, war jedoch von begrenzter Dauer: Bereits 1933 hatten sich verschiedene Ministerien darum bemüht, ihren Studenten Grenzen aufzuzeigen, ein Unterfangen, das allerdings nur selten gelang. Nachdem die Nationalsozialisten aber zunehmend ein hochschulpolitisches Konzept entwickelt hatten, welches 1934 mit der Gründung des Reichserziehungsministeriums (REM) sichtbar wurde, schwand die Bedeutung der Studentenschaften zusehends.⁴⁰ Scheel, dem diese Entwicklung nicht entgangen war, strebte schon nach Höherem: Bereits vor Abschluss

³³ Vgl. Grüttner (wie Anm. 27), S. 68f.

³⁴ So wurde in DHSt eine Notiz veröffentlicht, in der das Vorgehen Scheels gerechtfertigt wurde. Hier hieß es unter dem mahnenden Titel „Manche lernen es nie“, dass Meister „bei aller Rücksicht [sic!] von einem revolutionären Studenten nicht ewig Geduld erwarten“ dürfe, vgl. Art. „Manche lernen es nie!“, in: DHSt, SS 1934, Nr. 3 (22. Juni), S. 3. Der kurze Text erhielt die Sigle „G.“, könnte also durchaus auch von Scheel selbst stammen.

³⁵ Vgl. Mußgnug (1985) (wie Anm. 21), S.487 f.

³⁶ Vgl. ebd., S.472.

³⁷ Vgl. DHSt, SS 1933, Nr. 4 (1. Juni), S. 34. Die „Volksgemeinschaft“ nahm diese Forderung Scheels auf und stellte fest, „dass ein ausserordentlich grosser Prozentsatz dieser Leute Juden sind“, vgl. StAL EL 903/3 Bü 2241, Auszug aus der „Volksgemeinschaft“ vom 01.06.1933 [Abschrift].

³⁸ Vgl. Zimmermann (wie Anm. 5), S. 60 ff.

³⁹ Verbrennung undeutschen Schrifttums, in: DHSt, SS 1933, Nr. 3 (18.03.1933), S. 27.

⁴⁰ Vgl. Grüttner (wie Anm. 27), S. 84 und 474.

seiner medizinischen Promotion war er wenige Monate nach dem Röm-
Putsch im September 1934 aus der SA ausgetreten. Mitte September des glei-
chen Jahres trat er dafür in die SS ein, wo er im angegliederten SD, dem er be-
reits seit 30. Juli 1934 angehörte, vorerst seine politische und berufliche Heimat
finden sollte.⁴¹ Im Jahr 1935, nach Niederlegung seiner studentischen Ämter,⁴²
kehrte er der Universität Heidelberg schließlich als frisch gekürter Ehrensena-
tor den Rücken, um in Berlin und Stuttgart für Reinhard Heydrich (1904-1942) und
Heinrich Himmler (1900-1945) zu arbeiten.⁴³

Auf dem Weg zu höheren Weihen: Der Reichsstudentenführer

Obwohl oder gerade weil sich Gustav Adolf Scheel in der SS und beim SD
schnell einen Namen gemacht hatte, kehrte er bereits 1936 in die Hochschul-
politik zurück. Mit dem Antritt als Reichsstudentenführer 1936 sollte der Nie-
dergang der studentischen Selbstverwaltung gestoppt werden, der mit der
Gründung des REM eingesetzt hatte. Dieses konnte seine Stellung zunehmend
behaupten, was nicht zuletzt in den Kompetenzstreitigkeiten zwischen NSDStB
und DSt begründet lag.⁴⁴ Scheel sollte beide Studentenschaften nun als Reichs-
studentenführer in einem Dachverband zusammenbringen, wie es in Heidel-
berg ebenfalls schon unter (s)einer Führung gelungen war.

Die erfolgreiche Stabilisierung der studentischen Verbände gelang nicht nur
deshalb, weil Scheel die Differenzen in der Führung beendete, sondern auch,
da er den Reichserziehungsminister Bernhard Rust (1883-1945) mit Unterstüt-
zung Himmlers und Rudolf Heß' in Schach zu halten wusste.⁴⁵ So setzte Scheel
durch, dass nicht mehr die Rektoren, die Rust unterstanden, sondern aus-
schließlich der Reichsstudentenführer die örtlichen Studentenfürher ernennen
oder absetzen konnte. Diese Maßnahme beendete den Einfluss des Reichsmi-
nisters, der sich nicht nur in diesem Bereich zunehmend im Abseits nationalso-
zialistischer Ränkespiele befand, auf die Personalpolitik der Studentenschaften
gänzlich.⁴⁶

Doch Scheel schaltete sich auch bei der Besetzung von Lehrstühlen und Rekto-
renposten zunehmend ein: War das offizielle Mitspracherecht bei Letzterem
wohl eher formeller Natur, so versuchte der Reichsstudentenführer gerade bei
den neu zu ernennenden Hochschullehrern Einfluss zu nehmen. „Durch die
Hintertür“ meldeten örtliche NSDStB-Studentenfürher, die von Berufsvorschlä-

⁴¹ Vgl. Lilla (wie Anm. 2), S. 548.

⁴² Vgl. Höffkes, Karl: Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk (= Veröffentlichungen des Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte, Bd. XIII), Tübingen 1986, S. 288.

⁴³ Vgl. Arnold (wie Anm. 2), S. 578.

⁴⁴ Vgl. Grütter (wie Anm. 27), S. 475.

⁴⁵ Vgl. ebd. S. 95 f.; Arnold (wie Anm. 2), S. 587 f.

⁴⁶ Vgl. zu Rust und seinem Ministerium Nagel, Anne C.: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945, Frankfurt am Main 2012.

gen Kenntnis erlangten, unliebsame Kandidaten an Scheel. Dieser wiederum sicherte sich durch seine Nähe zu Rudolf Heß (1894-1987) und das Veto-Recht des „Führerstellvertreters“ indirekt ein erhebliches Mitspracherecht bei der Besetzung von Lehrstühlen.⁴⁷

Größter Streitpunkt zwischen Reichsstudentenführung und REM war die Frage nach dem Verhältnis von Ideologie und Wissenschaft an den nationalsozialistischen Hochschulen: Während das REM unter Bernhard Rust eher von wissenschaftlicher Seite aus argumentierte, begann mit dem Amtsantritt Scheels ein weiterer gewichtiger Gegner im Gefolge Himmlers für die politische Durchdringung der Hochschule einzutreten.⁴⁸ Es war also kein Zufall, dass Rust schon einen Tag nach Scheels Amtsantritt die „Parole: Wissenschaft“ ausrief, ein deutlicher Fingerzeig des Reichserziehungsministers, in Zukunft auch fachliche Ansprüche wieder in den Mittelpunkt rücken zu wollen.⁴⁹ Scheel hingegen zeigte sich gegenüber realpolitischen Erörterungen wenig zugänglich: So lehnte er beispielsweise die Berufung Werner Heisenbergs (1901-1976) ab, ohne dabei im Entferntesten auf dessen Bedeutung auf dem Feld der Physik einzugehen.⁵⁰

Scheel versuchte, die Verlagerung der hochschulpolitischen Kräfte vom REM auf die Reichsstudentenführung voranzutreiben. Mit einem seiner wichtigsten Vorhaben, der Pflichtmitgliedschaft im NSDStB, scheiterte er aber am Widerstand des Ministeriums. Scheel änderte seinen Plan deshalb und ließ fortan mit den Immatrikulationspapieren ein Antragsformular für den NSDStB ausgeben – wollte der Anwärter nicht beitreten, musste er dies schriftlich und auch mündlich rechtfertigen.⁵¹ Diesem Druck standzuhalten, bedurfte es selbstredend einiger Mühen, sodass Scheel hier eine wirksame Repressalie gefunden hatte, um die Mitgliederzahlen im NSDStB und damit auch in den Kameradschaften zu erhöhen.

Unabhängig von seinen Auseinandersetzungen mit den Vertretern des REM versuchte Scheel, eine Brücke zwischen alten Traditionen und nationalsozialistischen Werten zu schlagen, als er die studentischen Kameradschaften in Anlehnung an das Verbindungsleben zusehends ausbaute. Im Mittelpunkt stand auch hier die weltanschauliche Erziehung, die vor allem durch „politische

⁴⁷ Scheel setzte die politische Nähe zu Heß auch symbolisch um, als er 1938 anordnete, in NSDStB-Büros neben Hitler ein Konterfei seines Stellvertreters aufzuhängen, vgl. Grüttner (wie Anm. 27), S. 95, Anm. 176 und S. 97.

⁴⁸ Arnold (wie Anm. 2), S. 583, scheint die entlastenden Aussagen im Spruchkammerverfahren einfach zu übernehmen, wenn sie meint, dass „Scheels Berufung offensichtlich mit Genugtuung begrüßt [wurde], da er als Mann galt, der für die Rechte von Hochschule und Wissenschaft eintrat“. Hier liegt eher die Strategie Scheels zugrunde, von seiner Rolle als Vertreter der SS und des SD ablenken zu wollen. Trotz dieser Fehleinschätzung kommt Arnold aber ebenfalls zum Schluss, dass Scheel sich „stets als Ideologe“ (ebd., S. 584 f.) profilierte.

⁴⁹ Vgl. Die Parole heißt „Wissenschaft“. Die Rede des Reichserziehungsministers zum Semesterbeginn in Breslau, in: DHSt, WS 1936/37, Nr. 2 (16.11.), S. 3.

⁵⁰ Vgl. Grüttner (wie Anm. 27), S. 98.

⁵¹ Vgl. Arnold (wie Anm. 2), S. 589.

Abende“ umgesetzt werden sollte.⁵² Doch war es dieser politische Zwang, der das „neue“ Kameradschaftsleben für Teile der Studentenschaft unattraktiv machen konnte; Freiräume, die neben Universitätsverpflichtungen, Arbeits- und Wehrdienst oder HJ schon zu Genüge eingeschränkt waren, wurden nun noch durch politische Schulungen der Kameradschaften besetzt.⁵³ Während des Krieges verschärfte sich die Lage weiter, da aufgrund der vielen Freiwilligen unter den NSDStB-Funktionären nur noch „Rumpftruppen“ den Betrieb an den Hochschulen sicherstellten, die häufig aber weniger Einsatz zeigten und unzuverlässiger arbeiteten.

Scheel hatte zuvor bereits versucht, die Altherrenbände in seine Pläne rund um die Kameradschaften einzubinden, indem er die NS-Studentenkampfhilfe 1938 zum NS-Altherrenbund umwandelte: Die Altherren sollten künftig unter seiner Führung zusammenfinden, um die Studentenschaft nicht nur ideell, sondern auch materiell zu unterstützen. Allerdings konnten sich die Altherrenverbände dem Einfluss Scheels erstaunlich gut entziehen, sodass sie die Kameradschaften zunehmend autonom betreuten. Ein verstecktes Wiederaufleben des alten Korporationswesens konnte auch deshalb stattfinden, da die Altherrenverbände den Mangel an politisch überzeugten Studentenführern während des Krieges zu nutzen wussten. So entzog sich nicht nur das Kameradschaftswesen, sondern auch die Studentenschaft mit Beginn des Krieges zunehmend der Macht Scheels und seiner Reichsstudentenführung.⁵⁴

Ebenfalls im Sinne einer politischen Ausbildung engagierte sich Scheel für das sogenannte Langemarck-Studium: Hier sollten politisch zuverlässige junge Männer, die aus sozial schwachen Schichten stammten, auf ein Universitätsstudium vorbereitet werden. Nachdem Scheel ab 1938 dessen Ausbau vorangetrieben hatte, konnten Anfang 1939 bereits kleinere Erfolge erzielt werden: 155 junge Männer waren nun im Langemarck-Studium registriert und bekamen hier eine gesonderte weltanschauliche und politische Bildung, die aber kaum die tatsächlichen Anforderungen an ein Hochschulstudium erfüllt haben wird. Dementsprechend skeptisch stand auch das REM den Plänen Scheels gegenüber, da man nicht zu Unrecht eine Minderung der Ausbildungsqualität fürchtete. Scheel ließ sich 1939 noch zu der Aussage hinreißen, für die Zukunft jährlich tausend Langemarckstudenten auf die Hochschule zu bringen, ein Vorhaben, das angesichts des beginnenden Krieges bereits damals als illusorisch bezeichnet werden musste.⁵⁵

Wesentliches Bestreben Scheels war neben der politischen Schulung die Verpflichtung der Studierenden zum Ernte- oder Arbeitsdienst. Hatte er seit 1937

⁵² Vgl. Grüttner (wie Anm. 27), S. 323.

⁵³ Hier sei explizit darauf hingewiesen, dass die studentische Trägheit gegenüber den politischen Aktivitäten innerhalb des NSDStB keinesfalls Opposition zu den Idealen Scheels oder des Nationalsozialismus bedeutete, vgl. ebd., S. 480.

⁵⁴ Vgl. Arnold (wie Anm. 2), S. 587.

⁵⁵ Vgl. Grüttner (wie Anm. 27), S. 149–153.

vergeblich versucht, die Teilnehmerzahlen zu erhöhen, begann er 1939 auch mit Unterstützung der SS größeren Druck auszuüben. So proklamierte er in Eigenregie, gestützt durch seinen Mentor Himmler, eine allgemeine Pflicht zu Erntehilfe für alle Mitglieder der DSt, die durch die Androhung der Exmatrikulation bei Nichtbefolgen unterstrichen wurde. Scheels Vorpreschen entsprach nicht den Regelungen des eigentlich zuständigen REM, das zuvor bereits gegenteilige Erlasse beschlossen hatte, diese in der Folge jedoch nicht mehr veröffentlichte. An einigen Universitäten erhielten die Studenten aber trotzdem Kenntnis von den ursprünglichen Plänen des REM und sahen sich nun als Gegenstand einer Verschwörung.⁵⁶ Der Reichsstudentenführer wurde mit üblen Beleidigungen belegt: „Scheel will sich mit unserer Arbeitskraft einen Ministeressel erschleichen, man müßte ihn erschießen.“⁵⁷ Auch konnte man sich des beißenden Spotts gegenüber dem Bürokraten nicht erwehren, sodass Meldekarten für den Ernteeinsatz mit seinen Personalien zurückkamen: „Name: Gustav Adolf Scheel; Beruf: Nazi“.⁵⁸

Hier zeigte sich, wie sehr das Verhältnis Scheels zu „seiner“ Studentenschaft belastet war. Während er, auch in Rücksichtnahme auf die Wünsche der SS, die ideologische Durchdringung der Universitäten anstrebte, zogen sich die Studierenden angesichts der als Zwang empfundenen Politabende und verordneten Dienste zurück. Möglicherweise verkannte Scheel auch seine Rolle als Reichsstudentenführer, konnte doch seine Popularität unter den Studenten auf Reichsebene nicht ansatzweise mit jener schritthalten, die er um 1933 im kleineren Kreise genossen hatte.

Ein Multifunktionär im nationalsozialistischen Staat

Scheel als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Elsass

Parallel zu seinem Aufstieg als Hochschulpolitiker machte Scheel auch innerhalb des Sicherheitsdienstes der SS (SD) Karriere, die mit der Werbung durch den Staatsrechtler Reinhard Höhn begann, als dieser ihn 1934 als hauptamtlichen Mitarbeiter gewinnen konnte.⁵⁹ Im Jahr 1935 leitete er die zentrale SD-Schule in Berlin-Bernau⁶⁰, die er wenig später wieder verließ, um im Juli desselben Jahres die Führung des SD-Oberabschnitts Südwest mit Sitz in Stuttgart zu übernehmen.⁶¹

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 346.

⁵⁷ Zit. n. ebd.

⁵⁸ Zit. n. Heiber, Helmut: Universität unterm Hakenkreuz. Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München u.a. 1991, S. 251.

⁵⁹ Vgl. Hachmeister, Lutz: Die Rolle des SD-Personals in der Nachkriegszeit. Zur nationalsozialistischen Durchdringung der Bundesrepublik, in: Wildt, Michael (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordseinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003, S. 347–369, hier: S. 348 f.

⁶⁰ Diese war als „Kaderschmiede“ für Leiter der SD-Haupt- und Außenstellen konzipiert, deren Einrichtung Scheel auf Initiative Höhns übernahm, vgl. StAL EL 903/3 Bü 2241, Antwort auf Fragenzusammenstellung vom 15.09.1948.

⁶¹ Vgl. Hachmeister (wie Anm. 59), S. 348 f.

Die neue Rolle als Multifunktionär zwischen Universitäten und SD schien ihren Tribut zu fordern: Möchte man den Zeugenaussagen im späteren Spruchkammerverfahren Glauben schenken, war Scheel nur etwa die Hälfte der Zeit in Stuttgart anwesend und wenn vor Ort, dann nur wenig mit sicherheitsdienstlichen und vielmehr mit hochschulpolitischen Fragen beschäftigt.⁶² Durch kriegsbedingte Zerstörung und gezielte Vernichtung von Aktenbeständen gestaltet sich die Überprüfung der Fremd- und Eigenaussagen zu Scheels vierjähriger Tätigkeit im SD-Oberabschnitt Südwest allerdings äußerst schwierig.⁶³ Man kann aber davon ausgehen, dass seine Präsenz in Stuttgart tatsächlich nicht zwingend erforderlich war, verfügte er doch über eine ganze Reihe an Mitarbeitern, die die Abläufe in der Behörde sicherstellten. Im Auftrag Scheels bauten diese den südwestdeutschen SD zu einem wirkungsvollen Überwachungsinstrument breiter Bevölkerungsschichten aus.⁶⁴ Inwieweit Scheel selbst beispielsweise in die Novemberpogrome in Stuttgart involviert war, muss offenbleiben: Später konnte er nachweisen, dass er zum Zeitpunkt der Gewaltmaßnahmen nach Belgien verreist war – nichtsdestoweniger ist aber davon auszugehen, dass Scheel von den Aktionen wusste.⁶⁵

Quellentechnisch greifbarer wird Scheels Arbeit für den SD mit seinem Arbeitsplatzwechsel nach Straßburg: Wenige Tage nach der De-Facto-Annexion des Elsass und Lothringens wurde der badische Gauleiter Robert Wagner (1895-1946) zum Chef der Zivilverwaltung (CdZ) im Elsass ernannt; Ziel der nationalsozialistischen Politik in den annektierten Gebieten war die völlige „Germanisierung“ der Bevölkerung und die administrative Einpassung in das „Altreich“.⁶⁶

Scheel, den Wagner von dessen Tätigkeit in Stuttgart bereits kannte, wurde zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) im Elsass ernannt – damit stieg er innerhalb der elsässischen Zivilverwaltung zum zweitmächtigsten Mann nach Robert Wagner auf.⁶⁷ In Straßburg wurde er umgehend aktiv: Bereits am 2. Juli 1940 ordnete Scheel persönlich die Einrichtung von insgesamt drei Lagern an, die für die angestrebte „Eindeutschung“ des Elsass von elementarer Bedeutung werden sollten.⁶⁸ In der Nähe Straßburgs sollte das ihm unterstellte Einsatzkommando I (EK I) demzufolge ein Durchgangslager und Konzentrationslager errichten; bei Mühlhausen sollte das Einsatzkommando II (EK

⁶² Vgl. StAL EL 903/3 Bü 2241: Spruch der Zentral-Spruchkammer Nord-Württemberg gegen Scheel, 23.12.1948.

⁶³ Vgl. Otnad, Bernd: Einleitung zu Findbuch K110, Stuttgart 1967, online unter URL: <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/einfueh.php?bestand=19316> (letzter Zugriff: 24.01.2018).

⁶⁴ Vgl. Müller, Roland: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988, S. 189 f.

⁶⁵ Vgl. StAL EL 903/3 Bü 2241: Spruch der Zentral-Spruchkammer Nord-Württemberg gegen Scheel, 23.12.1948.

⁶⁶ Zur Politik im besetzten Elsass vgl. allgemein Kettenacker, Lothar: Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß, Stuttgart 1973.

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 246.

⁶⁸ Vgl. Neveu, Cédric: Das Sicherungslager Schirmeck-Vorbruck. Ein Lager im Zentrum der Germanisierungspolitik, in: Doerry, Janine u.a. (Hg.): NS-Zwangslager in Westdeutschland, Frankreich und den Niederlanden. Geschichte und Erinnerung. Paderborn 2008, S. 61–76, hier: S. 67.

II) zudem ein weiteres Durchgangslager aufbauen.⁶⁹ Scheel begründete die Aktion durch die „Notwendigkeit, unliebsame Elemente aus dem von der Einsatzgruppe besetzten Gebiete zu entfernen“⁷⁰.

Der Benennung entsprechend hatten die Lager unterschiedliche Funktionen: Beide Durchgangslager dienten vorrangig der kurzfristigen Aufnahme von Personen, die möglichst bald nach Inhaftnahme in den unbesetzten Teil Frankreichs abgeschoben werden sollten. Der Aufforderung Scheels nach handelte es sich dabei um: „a) Juden, b) Zigeuner, c) fremdrassige Personen, d) Rotspanienkämpfer nichtdeutscher Abstammung, e) alle seit 1918 zugewanderten Innerfranzosen (ausgenommen Beamte [...]), f) Berufsverbrecher [...], g) asoziale Elemente [...] h) Elsässer, die sich in besonders gehässiger Weise gegen das Reich und die Heimatbewegung betätigt (sic!) haben“. Das Konzentrationslager hingegen diente vorrangig der „Schutz- und Vorbeugehaft“ und der „Umerziehung“. Hier wurden deutsche Angehörige der Internationalen Brigaden festgehalten; außerdem sollten Personen verhaftet werden, die gegen Angehörige der Wehrmacht oder andere „deutsche Volksangehörige“ vorgegangen waren. Breite Handhabe erhielten die EKs schließlich durch die dritte von Scheel festgelegte Häftlingskategorie, die Personen umfasste, „von denen anzunehmen ist, dass sie durch ihr Verhalten das deutsche Aufbauwerk in diesem Gebiete stören werden“, die sich also zum Zeitpunkt der Festnahme noch gar nicht gegen die neuen Machthaber betätigt haben mussten, um in Haft genommen zu werden.⁷¹

Scheel legte in seinen Ausführungen Wert darauf, die Einsatzkommandos bezüglich ihres Verhaltens bei der Abholung zu ermahnen. So forderte er von den Polizisten ein „absolut einwandfreies korrektes, aber bestimmtes und energisches Auftreten“⁷² gegenüber den zu Vertreibenden; auch forderte er dazu auf, Misshandlungen und andere Übergriffe zu unterlassen. Des Weiteren war Scheel daran gelegen, „eine menschenwürdige Aufnahme der Inhaftierten [zu] ermöglichen“⁷³. Man könnte in diesen Äußerungen menschliche Anteilnahme und das Bemühen um Mäßigung vermuten; doch betrachtet man die Umstände der Ausweisungen und Verhaftungen, stellt sich das Bild des neuen Polizeichefs weitaus negativer dar. Scheel ging es vor allem um die Außendarstellung der neuen Machthaber, die durch überhartes Vorgehen der EKs nur Schaden nehmen konnte. Deutlich machte er dies auch mit dem Hinweis, dass „die Art des Auftretens und der Erledigung der Aufgabe mit ausschlaggebend ist für

⁶⁹ Vgl. BArch Berlin R/83-ELSASS/1, Scheel an die EKs I und II: Einrichtung von Durchgangs- und Konzentrationslagern, 02.07.1940.

⁷⁰ ADBR 126 AL 2576, Befehlshaber der Ordnungspolizei an Pol. Batle. 53 und 74: Unterstützung der Sicherheitspolizei; hier: Abtransport von Juden usw., 13.07.1940.

⁷¹ Alle Zitate aus BArch Berlin R/83-ELSASS/1, Scheel an die EKs I und II: Einrichtung von Durchgangs- und Konzentrationslagern, 02.07.1940.

⁷² ADBR 126 AL 3633, Merkblatt I für die Durchführung der Evakuierung, 09. 07. 1940.

⁷³ BArch Berlin R/83-ELSASS/1, Scheel an die EKs I und II: Einrichtung von Durchgangs- und Konzentrationslagern, 02.07.1940.

die Beurteilung der deutschen Sicherheitspolizei durch die elsässische Bevölkerung“⁷⁴.

Bereits am 15. Juli 1940 konnte Scheel die Fertigstellung aller drei Lager vermelden.⁷⁵ Scheels Verantwortung in Bezug auf die neu errichteten Lager lag aber nicht nur im Bereich der Planung und des Aufbaus. Als BdS unterstanden ihm auch jene Kräfte, die für die Bespitzelung und Verhaftung politisch oder rassistisch Verfolgter zuständig waren. Die Annahme Neveus, dass der „Befehlshaber der Sipo-SD im Elsass für dessen Verwaltung und Leitung sorgte, [...] der Gauleiter [aber] das letzte Wort“⁷⁶ hatte, muss hinterfragt werden: Scheel wies ausdrücklich darauf hin, dass ihm nach der Festnahme von zukünftigen KZ-Häftlingen eine Liste der betroffenen Personen zuzustellen sei.⁷⁷

Noch sichtbarer wird der Einfluss Scheels bei den Maßnahmen zur Deportation von Juden, Sinti, „Asozialen“ und anderen, die ab 15. Juli in die Durchgangslager gebracht wurden, um im Anschluss in den unbesetzten Teil Frankreichs überführt zu werden.⁷⁸ Bereits kurz vor der offiziellen Errichtung der Lager waren die Männer der Sicherheitspolizei gegen jüdische Bürger tätig geworden: So vermeldete Scheel schon am 13. Juli „im Zuge der Sicherstellung jüdischen Vermögens“⁷⁹ die Beschlagnahmung von circa 400 Wohnungen und Häusern. Hier offenbarten sich auch wirtschaftliche Motive hinter den Deportationen, die den elsässischen Einwohnern selbstverständlich nicht verborgen blieben.⁸⁰ In der Folge machten auch Gerüchte über „plündernde SS-Offiziere“ die Runde, deren Urheber Scheel zugleich ausfindig machen wollte; er kündigte gegenüber Polizeipräsident Engelhardt an, „kein Mittel [zu] scheuen, um dieselben zur Verantwortung zu ziehen.“⁸¹

Scheel trug als BdS die Verantwortung für sämtliche Aktionen gegen im Elsass vom NS-Regime verfolgte Gruppen, die mit personeller und materieller Unterstützung der Ordnungspolizei durchgeführt wurden.⁸² Auch behielt er sich bei

⁷⁴ ADBR 126 AL 3633, Merkblatt I für die Durchführung der Evakuierung, 09.07.1940.

⁷⁵ BArch Berlin R/83-ELSASS/3, Tätigkeitsbericht der Stapo an das RSHA, 15.07.1940.

⁷⁶ Neveu (wie Anm. 68), S. 67.

⁷⁷ Vgl. BArch Berlin R/83-ELSASS/1, Scheel an die EKs I und II: Einrichtung von Durchgangs- und Konzentrationslagern, 02.07.1940.

⁷⁸ Vgl. BArch Berlin R/83-ELSASS/3, Tätigkeitsbericht der Sipo an das RSHA, 13.07.1940; ADBR 126 AL 3178, Tagesbericht an den CdZ, 16.07.1940; „Die 1. Gross-Aktion gegen die Juden wurde am 15.7.1940 eingeleitet. Die Sammlung der Juden erfolgte im Lager bei Schirmeck. Die Überstellung der Juden in das Innere Frankreichs wird ab 16.7.1940 durchgeführt.“

⁷⁹ BArch Berlin R/83-ELSASS/3, Tätigkeitsbericht der Sipo an das RSHA, 13.07.1940.

⁸⁰ Vgl. zur Konfiszierung von Besitz der Abgeschobenen auch Dreyfus, Jean-Marc: Elsass-Lothringen, in: Gruner, Wolf / Osterloh, Jörg (Hg.): Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten“ Gebieten (= Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Bd. 17), S. 363–382, hier: S. 376 f.

⁸¹ BArch Berlin R/83-ELSASS/3, Thiecke an CdZ: Abschrift eines Briefes von Scheel an Engelhardt, 08.07.1940.

⁸² Vgl. ADBR 126 AL 2576, Befehlshaber der Ordnungspolizei an Pol. Batle. 53 und 74: Unterstützung der Sicherheitspolizei; hier: Abtransport von Juden usw., 13.07.1940.

fast allen von Verhaftung betroffenen Personengruppen die Entscheidungshoheit über die Abschiebung vor.⁸³ Nur eineinhalb Monate nach Scheels Amtsantritt konnten die Straßburger Neuesten Nachrichten verkünden: Das „Elsass ist judenrein“⁸⁴ – ein Umstand, der in erheblichem Maße auf seine Aktivitäten zurückging.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Errichtung von Lagern stand das Vorgehen gegen politische Gegner im Elsass. Obwohl der übergroße Anteil von Personen, die oppositionell politisch tätig waren, bereits geflohen war, setzte Scheel seine Untergebenen auf eine ganze Reihe von Vereinigungen an. Erstes Ziel war der Verein *Souvenir français*, der sich vor allem der Pflege von Kriegsgräbern französischer Soldaten des Krieges von 1870/71 annahm. Durch die Inhaftnahme von Mitgliedern und die Sicherstellung von Unterlagen hoffte Scheel, diese „Hochburg welscher Gesinnung und Franzosentums in diesem Lande rücksichtslos auszurotten“⁸⁵.

Das Vorgehen bildete nur den Auftakt für weitreichende Maßnahmen der beiden EKs im Elsass. In und um Straßburg konzentrierten sich Scheels Männer dabei auf zahlreiche Vereine, Gewerkschaften, ehemalige französische Polizisten sowie die kommunistische Arbeiter- und Bauernpartei. In Mülhausen wurde das EK 2 in größerem Maße gegen die Sozialistische, die Kommunistische und die Demokratische Partei tätig. Im Unterschied zu Straßburg waren hier noch Mitglieder der Sozialistischen Partei vor Ort, prominentestes Beispiel war der Mülhausener Bürgermeister Auguste Wicky (1873-1947). Dieser hatte sich bei breiten Bevölkerungsschichten große Sympathien erworben, da er als einer der wenigen oppositionellen Politiker nicht aus dem Elsass geflüchtet war, sich sogar öffentlich gegen die neuen Machthaber ausgesprochen hatte. Scheel kündigte zwar entsprechende Schritte zu seiner Amtsenthebung an, schreckte aber vor einer Festnahme und Inhaftierung im Sicherungslager aus Furcht vor der öffentlichen Meinung zurück.⁸⁶ Das Verhalten des BdS war aber auch in diesem Fall weniger von Rücksichtnahme als von abwartender Haltung bestimmt, war er sich doch der Außenwirkung von Verfolgungen und Inhaftierungen bewusst. Als ihm die Umstände günstig erschienen, ließ er aber hart zuschlagen. Im Falle Wickys dauerte dies nur wenige Monate: Am 12. Dezember 1940 wurde dieser mitsamt seiner Familie ins unbesetzte Frankreich abgeschoben.⁸⁷

⁸³ Einzig die Entscheidung über die Ausweisung der Elsässer, die sich gegen das Deutsche Reich oder die elsässische Heimatbewegung gestellt hatten, lag tatsächlich bei Wagner, vgl. BArch Berlin R/83-EL-SASS/1, Scheel an die EKs I und II: Einrichtung von Durchgangs- und Konzentrationslagern, 02.07.1940.

⁸⁴ Art. „Bekanntmachung: „Das Elsass ist judenrein“, in: Straßburger Neueste Nachrichten, 15.08.1940, zit. n. Dreyfus (wie Anm. 80), S. 373.

⁸⁵ BArch Berlin R/83-EL-SASS/2, Brief Scheels an Robert Wagner, 10.07.1940.

⁸⁶ Vgl. BArch Berlin R/83-EL-SASS/3, Tätigkeitsbericht der Sipo an das RSHA, 13.07.1940: „Eine Inhaftnahme würde unter diesen Umständen in weiten Kreisen Empörung auslösen.“

⁸⁷ Vgl. Oberlé, Raymond / Strauss, Léon: Wicky, Auguste, in: *Nouveau dictionnaire de biographie alsacienne*, Bd. 40, Wel à Y, Straßburg 2002, S. 4222–4224.

Neben rassistischen Verfolgungen und der Zerschlagung politischer Gegnerorganisationen rückten ab Anfang August auch sogenannte „Innerfranzosen“ in den Blickpunkt Scheels. Unter seiner Leitung wurden alleinstehende Franzosen und Familien, bei denen beide Ehepartner französischer Abstammung waren, in die unbesetzte Südzone Frankreichs abgeschoben. Ausgenommen von solchen Zwangsausweisungen waren vorerst Familien, bei denen ein Ehepartner als deutsch oder elsässisch definiert wurde. Diese nicht „evakuierten“ Familien mussten sich allerdings einer Überprüfung unterziehen, die im Wesentlichen im Verantwortungsbereichs Scheels lag: Er wies seine EKs an, die Familienmitglieder „rassisch“ zu beurteilen und nachzuvollziehen, welche Sprache in der Familie genutzt werde; außerdem sollte geprüft werden, ob der französische Teil der Familie zu einem „Bekenntnis zum Deutschtum“ gewillt sei. Entschieden wurde über eine Ausweisung durch eine eigens eingerichtete Kommission, der Scheel vorsah und die zu großen Teilen von Vertretern des SD oder der EKs besetzt war.⁸⁸ Der Einfluss Scheels in dieser Kommission war enorm, oblag doch die Beurteilung der Fälle zu großen Teilen seinen Untergebenen – auch konnte er durch persönliche Teilnahme an den Sitzungen in die Fälle eingreifen.⁸⁹

Wie viele Menschen aus dem Elsass im Zuge des Wirkens Scheels in die Räder der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gerieten, lässt sich nur schwer beurteilen. Fest steht, dass die Bandbreite an Betroffenen sehr groß war: Scheel ließ Juden, Sinti, vermeintliche „Berufskriminelle“ und „Asoziale“, politische Gegner, Homosexuelle, Franzosen und „Deutschen-Hasser“ deportieren oder in Lagerhaft bringen. Bereits kleinste Vergehen konnten zur Festnahme führen, die meist im Sicherungslager Schirmeck-Vorbruck endete, wo die Betroffenen der willkürlichen Behandlung durch das Lagerpersonal ausgesetzt waren.⁹⁰ Die Folgen für die von Scheel und seinen Mitarbeitern ausgewiesenen oder kaserניerten Personen sind aufgrund der Vielzahl an Schicksalen schwer zu überblicken: Es ist davon auszugehen, dass von den circa 3.500, größtenteils unter Scheels Ägide deportierten Juden aus dem Elsass rund 15 Prozent ermordet wurden, nachdem sie später von der Vichy-Regierung erneut an die Deutschen ausgeliefert wurden.⁹¹ Etliche Familien wurden durch das Handeln Scheels auseinandergerissen oder vertrieben. Mit den Aussiedlungen einher gingen um-

⁸⁸ Vgl. Archives départementales du Bas-Rhin, Strasbourg 126 AL 3633, Scheel an die EKs I und II: Evakuierung der Innerfranzosen, 02.08.1940.

⁸⁹ Vgl. BArch Berlin R/83-ELSASS/3, Tätigkeitsbericht der Stapo an das RSHA, 18.09.1940. Die Maßnahmen zur Ausweisung von „Innerfranzosen“ müssen insbesondere aufgrund der häufigen Familientrennungen so unpopulär gewesen sein, dass selbst der Höhere SS- und Polizeiführer für das Elsass, Kurt Kaul, von „erschütternden Szenen [sic!]“ berichtete, die „in einem Falle eine fast drohende Haltung seitens der Bevölkerung auslösten“, BArch Berlin R/83-ELSASS/3, Lagebericht des HSSPF Kaul an Himmler, 18.10.1940.

⁹⁰ Vgl. BArch Berlin R/83-ELSASS/3, Scheel an Wagner, Bericht aus der Arbeit der Sicherheitspolizei, 26.11.1940; Neveu (wie Anm. 68), S. 70.

⁹¹ Die vergleichsweise geringe Zahl an Deportationen ist vor allem auf die bereits vor der de-facto-Annektion stattgefundenen Evakuierungen zurückzuführen, vgl. Dreyfus (wie Anm. 80), S. 370 und 380.

fangreiche Enteignungen, die den Betroffenen in vielen Fällen die Lebensgrundlage entzogen. Für einige Häftlinge des Lagers Schirmeck-Vorbruck war die Inhaftnahme im Elsass „nur“ der erste Schritt innerhalb des Systems der Konzentrationslager: „Kriminelle“, deutsche NS-Gegner, Fremdenlegionäre oder Zeugen Jehovas wurden nicht selten in andere Lager überstellt. Mitglieder der Internationalen Brigaden, deren Festnahme Scheel noch am 18. September vermeldet hatte, kamen Ende November/Anfang Dezember 1940 in das Konzentrationslager Dachau.⁹²

Scheel handelte im Elsass keineswegs nur im Auftrag seiner beiden unmittelbar Vorgesetzten Kurt Kaul und Robert Wagner; seine Machtfülle war dafür zu groß, vereinte er doch große Teile der geheimdienstlichen und polizeilichen Kräfte unter sich. So verhielt er sich auch bei den Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung weder passiv, noch versuchte er seine Machtstellung zu nutzen, um Vorgänge abzumildern oder zu bremsen. Wenn er zu Besonnenheit aufrief, wie beispielsweise im Fall Auguste Wicksys, dann nur um dem Außenbild der nationalsozialistischen Führung nicht zu sehr zu schaden; seine Überlegungen waren hier vielmehr praktischer Natur, wollte er doch einen offenen Aufstand der elsässischen Bevölkerung verhindern.

Nicht zuletzt muss an dieser Stelle Scheels Beteiligung an der sogenannten Wagner-Bürckel-Aktion diskutiert werden. Initiiert durch Robert Wagner und dem saarpfälzischen Gauleiter Josef Bürckel (1895-1944), waren am 22. Oktober 1940 alle Juden aus Baden und der Saarpfalz in das unbesetzte Frankreich abgeschoben worden, um beide Gaue „judenfrei“ zu machen. Es liegt nahe, Gustav Adolf Scheel in Verbindung mit diesen Ausweisungen zu bringen. Als Untergebener Wagners hatte er nur drei Monate zuvor den „Testlauf“ für eine solch umfangreiche Vertreibungswelle geleitet. Auch die geografische Nähe und bereits bestehenden Strukturen sprechen für eine Beteiligung der elsässischen Geheimpolizei unter Scheel; allerdings lässt sich seine Person anhand der Quellen nicht mit den Aktionen in Südwestdeutschland in Verbindung bringen. Das hat HistorikerInnen bisher nicht davon abgehalten, Scheel als Hintermann der organisierten Vertreibung ins Spiel zu bringen: So spricht Arnold von einer „aktive[n] Rolle [Scheels] als Organisator der Karlsruher Judendeportation vom Oktober 1940“, die sie mit einem Zeitungsartikel der Badischen Neuesten Nachrichten aus dem 1946 belegt. In diesem heißt es wörtlich: „Dort [in Karlsruhe] hatte sich auf dem Bahnhof als bevollmächtigter Vertreter Himmlers Gustav Adolf Scheel eingefunden, der wackere Mannheimer Pfarrerssohn, der schon vor 1933 als Hauptträdelsführer der Heidelberger Nazi-Studenten berüchtigt gewesen war [...] Scheel sorgte nun persönlich für die geregelte Abreise.“⁹³

⁹²Zum Schicksal der Mitglieder der Internationalen Brigaden vgl. Neveu (wie Anm. 68), S. 71.

⁹³ Art. „Zum 22. Oktober 1946. Sechster Jahrestag der ersten Juden-Massen-Deportation“, in: Badische Neueste Nachrichten, 22.10.1946 (Nr. 97), S. 2.

Abgesehen davon, dass die persönliche Präsenz Scheels nicht seine Rolle als Organisator der gesamten Deportation belegen würde, kann weder die Anwesenheit noch die Beteiligung an der Ausweisung anhand von Verwaltungsakten oder anderen Dokumenten bisher nachgewiesen werden.⁹⁴ Scheels Beteiligung ist nur anhand des Zeitungsartikels aus dem Jahr 1946 nicht zu belegen; nichtsdestoweniger sei hier betont, dass eine leitende Funktion Scheels während der Wagner-Bürckel-Aktion aufgrund seiner wenige Monate zuvor gemachten Erfahrungen durchaus wahrscheinlich ist – es fehlen einzig die Belege.

Scheel als Salzburger Landesvater in der „Ostmark“

Warum Scheel Straßburg nach nur wenigen Monaten im Frühjahr 1941 wieder verließ, lässt sich anhand von Quellen bisher nicht klären. Nach einem kurzen Zwischenspiel beim Münchener SD wechselte er ab Mai 1941 schließlich nach Salzburg, wo er als Höherer SS- und Polizeiführer im Wehrkreis XVIII und Führer des SS-Oberabschnitts Alpenland fungierte.⁹⁵ Im Spruchkammerverfahren Scheels wurde immer wieder die Ansicht geäußert, dass es sich bei seinem Weggang aus Straßburg um eine Degradierung handelte, da er den Erwartungen Robert Wagners nicht gerecht geworden sei.⁹⁶ Man muss wohl aber eher vom Gegenteil ausgehen: Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Scheel gerade wegen seiner Expertise bei Deportationen nach Salzburg kam, plante man doch bereits umfangreiche Maßnahmen gegen die slowenische Bevölkerung, die dann im Verlauf des Jahres 1941 auch umgesetzt wurden.⁹⁷

Als Höherer SS- und Polizeiführer war Scheel in Salzburg nur noch Gauleiter Friedrich Rainer (1903-1947) und dem Reichsführer-SS Himmler unterstellt; von Rainer stammten auch jene Pläne, die Slowenen aus seinem Heimatgau Kärnten auszusiedeln, deren Umsetzung Scheel möglicherweise forcierte.⁹⁸ Das Interesse Rainers an Kärnten beschränkte sich aber nicht nur auf die dortige Slowenen-Politik, sondern richtete sich primär auf die Erweiterung seines eigenen Machtbereichs. Als ihm im Herbst 1941 das Gauleiteramt für Kärnten angetragen wurde, sah der Salzburger Gauleiter die Chance gekommen, eine Zusammenlegung beider Gae unter seiner Führerschaft anzuregen. Gleichzeitig instruierte Rainer seinen SS-Oberabschnittsführer Scheel, Himmler die Idee

⁹⁴ Auch im Standardwerk zur Geschichte der Juden in Karlsruhe fällt Scheels Name nicht, vgl. Werner, Josef: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 9), Karlsruhe 1988.

⁹⁵ Vgl. Hanisch, Ernst: Gau der guten Nerven. Die nationalsozialistische Herrschaft in Salzburg 1938–1945, Salzburg 1997, S. 138.

⁹⁶ Vgl. StAL EL 903/3 Bü 2241: Spruch der Zentral-Spruchkammer Nord-Württemberg gegen Scheel, 23.12.1948. Der elsässische Volkstumspolitiker und Bürgermeister von Straßburg wollte sich in seinen Lebenserinnerungen gar entsinnen, dass Scheel den Ausweisungsaktionen ablehnend gegenüberstand, vgl. Ernst, Robert: Rechenschaftsbericht eines Elässers, Berlin 1954, S. 285.

⁹⁷ Vgl. Jochem, Gerhard: Chronologie der deutschen Besatzungs- und Siedlungspolitik in Slowenien, in: Ders./Seiderer, Georg (Hg.): Entrechtung, Vertreibung, Mord. NS-Unrecht in Slowenien und seine Spuren in Bayern 1941–1945, Berlin 2005, S. 65–95.

⁹⁸ Der Gau Kärnten fiel ebenfalls in den Aufgabenbereich des SS-Oberabschnitts Alpenland, vgl. Hanisch (wie Anm. 95), S. 136 f.

schmackhaft zu machen; dieser argumentierte gegenüber dem Reichsführer-SS dann auch für Rainers Plan mit dem Hinweis, dass das Problem des sehr kleinen Gau Salzburg damit behoben wäre.⁹⁹ Himmler antwortete Scheel harsch: „Legen Sie lieber Ihre Finger auf eine glühende Herdplatte, bevor Sie sich um die Frage Kärnten oder Salzburg auch nur in Gedanken kümmern. [...] Es ist ausdrückliches, auf mehrmalige Fragen und auf mehrmalige Vorschläge ausgesprochenes Gesetz und klarer Wille des Führers, daß der kleine Gau Salzburg bleibt.“¹⁰⁰

Rainers Vorstoß ging trotz der Schützenhilfe Scheels gründlich schief: Nicht nur wurde ihm noch einmal deutlich gemacht, dass er einzig den Gau Kärnten leiten sollte; mit seinem Vorschlag hatte er darüber hinaus auch seinen zukünftigen Nachfolger ins Spiel gebracht, dem die Unstimmigkeiten mit Himmler nicht zu schaden schienen. Am 21. November schließlich wurde Hermann Göring (1893-1946) über die Pläne Hitlers informiert, Rainer als Gauleiter und Reichsstatthalter in Kärnten sowie Scheel in gleicher Funktion in Salzburg einsetzen zu wollen, der seine Amtsgeschäfte dann auch am 29. November 1941 übernahm.¹⁰¹

Die Amtszeit Scheels als oberster Vertreter des nationalsozialistischen Staats im Gau Salzburg ist von einigen Widersprüchlichkeiten geprägt, die bis weit in die Nachkriegsgeschichte hinein das Bild des ehemaligen Gauleiters verzerrten. Durch sehr gute Öffentlichkeitsarbeit gelang es Scheel, die Sympathien der Salzburger Bevölkerung zu gewinnen; dies war keineswegs selbstverständlich, besetzte er das Amt doch als „Reichsdeutscher“, der zuvor nur wenige Monate in Salzburg tätig gewesen war.

Scheel führte die Politik seines Vorgängers Rainer vor allem auf kultureller Ebene fort, dem daran gelegen hatte, den Gau mit seiner Hauptstadt als Kulturhochburg des Großdeutschen Reiches zu positionieren. Gleichwohl versäumte es der neue Gauleiter nicht, eigene politische Akzente zu setzen: Den Umständen des fortschreitenden Krieges Rechnung tragend, konzentrierte er sich nicht mehr nur auf die Hochkultur, sondern in gleichen Maßen auf bäuerliche Volkskultur, die er im öffentlichen Bewusstsein aufzuwerten gedachte. So trat er einerseits als Förderer der Salzburger Festspiele und des Mozartkultes auf, sprach sich in diesem Zusammenhang aber auch für die Wiederbelebung ländlicher Traditionen aus.¹⁰² Die Salzburger Volkskultur verankerte Scheel auch institutionell mit der Gründung des Salzburger Heimatwerks, das er Ende 1942 mit dem

⁹⁹ Vgl. ebd. S. 138f.

¹⁰⁰ Himmler an Scheel, 22.10.1941, in: Reichsführer! Briefe an und von Himmler, hg. v. Helmut Heiber, München 1970, S. 122.

¹⁰¹ Vgl. Hanisch (wie Anm. 95), S. 138; Art. „Junge Führergeneration in Front“, in: Salzburger Landeszeitung (SLZ), 29.11.1941, S. 1 f.

¹⁰² Vgl. Art. „Mozart von europäischer Gültigkeit. Gauleiter Dr. Scheel zum 150. Todestag“, in: SLZ, 06.12.1941, S. 1.

„Ziel der Förderung, Planung und Lenkung der gesamten Volkskulturarbeit unseres Gaues“¹⁰³ eröffnete. Hier wurden sämtliche Belange des Salzburger Brauchtums vom Trachtenwesen bis zur Volksmusik zusammengeführt. Gauleiter Scheel war in diesem Zusammenhang daran gelegen, das Bild eines volksnahen „Landesvaters“ zu inszenieren, der sich im Spannungsfeld von Festspielen und Volksmusik als „Freund der Salzburger“ gab.¹⁰⁴

Obwohl er sich nach Ende des Krieges immer wieder darauf berief, in Salzburg oftmals für die Begnadigung von zum Tode Verurteilten eingetreten zu sein,¹⁰⁵ darf in der Beurteilung von Scheels Tätigkeit nicht außer Acht gelassen werden, dass unter seiner Ägide zahlreiche Verhaftungen und Verurteilungen von politisch oder rassistisch Verfolgten erfolgten, die für die Betroffenen nicht selten mit dem Tod endeten.¹⁰⁶ Auch für vergleichsweise kleine Vergehen wie Schleichhandel oder Schwarzschlachtung wurden unter Gauleiter Scheel Zuchthausstrafen ausgesprochen.¹⁰⁷ Im Mai 1943 zeichnete er für die Einrichtung einer Salzburger „Asozialen-Kommission“ verantwortlich, deren Hauptaufgabe „in der Ermittlung der im Gau lebenden Asozialen, das heißt Gemeinschaftsunfähigen, die auf Grund ihrer anlagebedingten, nicht besserungsfähigen Geisteshaltung den Mindestanforderungen der Volksgemeinschaft [...] nicht“¹⁰⁸ entsprachen, lag. Die Kommission hatte dafür Sorge zu tragen, dass „asoziale“ Erwachsene in Arbeitslagern, ihre Kinder in Erziehungsanstalten untergebracht wurden.¹⁰⁹

Dass Scheel keinesfalls nur begnadigend in juristische Verfahren eingriff, zeigen auch andere Fälle, bei denen er zu geringe Strafen fürchtete und persönlich tätig wurde: Beispiel hierfür gibt der Fall der Offiziere Franz Rosenkranz (1886-1945) und Josef Stochmal (1879-1945), die nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 in Haft genommen worden waren. Ihnen wurde vorgeworfen, in leitender Funktion an den Maßnahmen des österreichischen Bundesheeres gegen die Urheber des Lamprechtshausener NS-Putsches am 27. und 28. Juli 1934, beteiligt

¹⁰³ Art. „Die besten Kräfte ans Werk. Die Rede des Gauleiters zur Gründung des Heimatwerkes Salzburg“, in: Salzburger Zeitung (SZ), 17.12.1942, S. 3.

¹⁰⁴ Vgl. Art. „Vorbildliche Arbeit im Kriege. Ein Jahr Gauleiter Dr. Gustav Adolf Scheel“, in: SLZ, 29.11.1942.

¹⁰⁵ Vgl. StAL EL 903/3 Bü 2241: Spruch der Zentral-Spruchkammer Nord-Württemberg gegen Scheel, 23.12.1948.

¹⁰⁶ Vgl. Haas, Hans: 1938–1945. Kommunisten, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) (Hrsg.): Widerstand und Verfolgung im Salzburg 1934–1945. Eine Dokumentation, Bd. 1, Wien 1991, S. 327–336, hier: S. 334; StAL EL 903/3 Bü 2241, Bundesministerium für Inneres, Abt. 2 an die Polizeidirektion Salzburg, undatiert.

¹⁰⁷ Vgl. Hofinger, Johannes: Nationalsozialismus in Salzburg. Opfer. Täter. Gegner (= Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern, Bd. 5; Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg, Bd. 44), Innsbruck 2016, S. 139; vgl. auch Art. „Volksschädlinge hinter Schloß und Riegel“, in: SLZ, 08.08.1942, S. 4: „Um dem Missbrauch mit Kleider- und Haushaltskarten vorzugreifen, führte die „Kriminalpolizei [...] auf besondere Anordnung des Reichsverteidigungskommissars und Gauleiters Dr. Scheel eine scharfe Untersuchung durch. Die bisher festgenommenen acht Personen und eventuell weitere Schuldige sehen schwersten Strafen entgegen.“

¹⁰⁸ Art. „Schutz den Gemeinschaftstüchtigen“, in: SZ, 01.05.1943, S. 4.

¹⁰⁹ Vgl. zur Verfolgung vermeintlich „Asozialer“: Ayaß, Wolfgang: „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995, hier v.a.: S. 138–179.

gewesen zu sein.¹¹⁰ Stochmal und Rosenkranz hatten die Aufständischen schnell niederschlagen lassen, wobei sechs der Putschisten unter nicht geklärten Umständen starben; es wurden Gerüchte laut, dass auf Veranlassung der beiden Offiziere auf Personen geschossen worden war, die sich bereits ergeben hatten. Nach ihrer Festnahme wurde 1938 aber festgehalten, dass die Vorgänge nicht abschließend zu klären seien.¹¹¹ Im Januar 1940 kam wieder Bewegung in die Angelegenheit, als das Reichsgericht in Leipzig das Urteil des Landgerichts aufhob und den Fall erneut nach Salzburg verwies; dort bestätigte man den Schuldspruch abermals, was aber nur dazu führte, dass das Urteil in Leipzig 1942 zum zweiten Mal außer Kraft gesetzt wurde. Nachdem sich bereits Rudolf Heß und Heinrich Himmler über das Vorgehen des Obersten Gerichts im Fall Rosenkranz/Stochmal beschwert hatten, wurde nun auch Scheel in seiner Funktion als Salzburger Gauleiter aktiv: Um einem möglichen Freispruch der Offiziere zuvorzukommen, unterbrachte er einen Kompromissvorschlag, der vorsah, dass das Reichsgericht das Urteil aus Salzburg bestätigen sollte, um die Angeklagten im Anschluss auf dem Gnadeweg freizulassen. Himmlers Gestapo sollte Stochmal und Rosenkranz dann umgehend festnehmen und die Verbringung in ein Konzentrationslager veranlassen.¹¹² Der Vorschlag Scheels schien auf offene Ohren zu treffen, auch wenn ihm nur in Teilen entsprochen wurde: Stochmals Zuchthausstrafe wurde bestätigt; der ehemalige Generalmajor wurde im Anschluss an das Verfahren von der Gestapo übernommen und in das KZ Auschwitz gebracht, wo er kurze Zeit später erschossen wurde.¹¹³ Ähnlich erging es dem früheren Hauptmann Rosenkranz, der nach Stationen in den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Oranienburg und Lublin kurz vor Ende des Krieges ebenfalls hingerichtet wurde.¹¹⁴

Unbarmherzig zeigte sich Scheel auch im Fall des Regierungsdirektors Hans (Johann) von Rittinger (1880-1945), dessen Überwachung er persönlich angeordnet hatte, nachdem ihm von „defätistischen“ Äußerungen desselben berichtet worden war. Im Zuge der Ermittlungen wurde Rittinger außerdem vorgeworfen, ausländische Rundfunksender zu hören und deren Inhalte zu verbreiten sowie unberechtigt große Mengen an Lebensmittelmarken zu horten. Die Ermittlungen gegen Rittinger führten am 4. Februar 1943 schließlich zu seiner Verhaf-

¹¹⁰ Die Ereignisse in Lamprechtshausen sind im größeren Kontext des letztlich gescheiterten Juliputsches österreichischer Nationalsozialisten zu sehen, vgl. Schafranek, Hans: Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006.

¹¹¹ Vgl. Bauer, Kurt: Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Wien 2003, S. 123.

¹¹² Vgl. Kritik des StdF, des Reichsführers-SS (RFSS) und des Stabschefs ... (Regest 14419), in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933-1945. Online-Datenbank, online unter URL: <http://db.saur.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=APK-004402> (letzter Zugriff: 24.01.2018).

¹¹³ Vgl. Schreiben des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Wien (Dok. 48), in: DÖW (wie Anm. 106), Bd. 2, S. 38; Dachs, Herbert: 1938-1945. Das katholisch-konservative Lager, in: DÖW (wie Anm. 106), Bd. 2, S. 11-14.

¹¹⁴ Vgl. Schreiben des Rechtsanwalts Peyrer-Angermann an Thusnelda Rosenkranz (Dok. 49), in: DÖW (wie Anm. 106), Bd. 2, S. 39.

tung. Scheel, der großen Wert darauf legte, selbst für die Bespitzelung und Verhaftung Rittingers verantwortlich zu sein, nutzte den Fall für ein denkwürdiges Schreiben: Über den Amtsverteiler bezichtigte er Rittinger der Kriegsverbrechen und forderte seine Untergebenen auf, „Saboteure des Sieges, wie diese[n] Rittinger, rücksichtslos auszumerzen“. Scheel statuierte an Rittinger ein Exempel, das allen Zweiflern innerhalb der Beamtenschaft verdeutlichte, wie rigoros der Gauleiter vorzugehen vermochte; mit Abschluss des Falls kündigte er an, ähnliche Tendenzen anderer Kollegen scharf zu verfolgen und schloss mit den Worten: „Saboteure des Sieges werde ich unerbittlich vernichten.“¹¹⁵ Hans von Rittinger starb am 12. Februar 1945 in der Haft in Schwäbisch Hall.¹¹⁶

Doch zeigte der Gauleiter in seiner Zeit in Salzburg auch andere Seiten, auf die er nach 1945 selbstverständlich nur allzu gern verwies – mehrmals setzte er sich für Verhaftete und Todeskandidaten und deren Gnadengesuche ein. Was ihn dazu verleitete und warum er sich in Einzelfällen gegen eine Verschärfung der Verfolgung einsetzte, muss offenbleiben. Bis Juni 1943 hatte sich Scheel in insgesamt 23 Fälle eingeschaltet, zehnmal befürwortete er dabei eine Begnadigung.¹¹⁷ Die Bitten um Milderung von Urteilen wurden dabei häufig aus der Bevölkerung an Scheel herangetragen.¹¹⁸ Mit seinem Einsatz scheint Scheel in Einzelfällen auch erfolgreich gewesen zu sein; in drei Fällen wurde eine Begnadigung in Aussicht genommen, bei vier weiteren Personen wurde die Entscheidung vorläufig ausgesetzt. Tatsächlich lässt sich bisher aber nur ein Fall verifizieren, bei dem Scheels Eintreten den Vollzug der Todesstrafe tatsächlich verhinderte: Alois Innerberger (?-1990), der gemeinsam mit seiner Frau Marianne Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen war und als Häftling in Dachau einsaß, wurde begnadigt, im Anschluss allerdings nach Sachsenhausen verbracht. Nachdem er schließlich auch die erneute KZ-Haft überstanden hatte, konnte er nach dem Krieg nach Salzburg zurückkehren.¹¹⁹

Auch auf den Fall Anton Neumayr (1887-1954) sei im Zusammenhang mit vermeintlicher Milde Gustav Adolf Scheels hingewiesen. Dieser war bereits vor dem Anschluss Österreichs als Bürgermeister in Hallein tätig gewesen und nach

¹¹⁵ Beide Zitate aus StAL EL 903/3 Bü 2241, Scheel an Verteiler 1a und 1c, 22.02.1943.

¹¹⁶ Vgl. StAL EL 903/3 Bü 2241, Geheime Staatspolizei, 03.03.1943 und ebd., Bundesdirektion Salzburg, Abt. 1.: Anzeige gegen Rittinger, 29.07.1946; zum Fall Rittinger und dessen Tod vgl. Stock, Hubert: „... nach Vorschlägen der Vaterländischen Front“. Die Umsetzung des christlichen Ständestaates auf Landesebene, am Beispiel Salzburg, Wien/Köln/Weimar 2010, S. 112 f.; o.A.: Gesellschaftsnachrichten, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Jg. 84/85, Salzburg 1945, S. 211.

¹¹⁷ Vgl. Vermerk über die Verhängung von Todesurteilen durch den VGH und die Gnadenpraxis des Reichsstatthalters in Salzburg (Dok. 110), in: DÖW (wie Anm. 106), Bd. 1, S. 417f.

¹¹⁸ Vgl. Art. „Der Volkssprechttag des Gauleiters in Bischofshofen“, in: SLZ, 23. Februar 1942, S. 4.

¹¹⁹ Vgl. Vermerk über die Verhängung von Todesurteilen durch den VGH und die Gnadenpraxis des Reichsstatthalters in Salzburg (Dok. 110), in: DÖW (wie Anm. 106), Bd. 1, S. 417 f.; zum Fall Innerbergers vgl. auch Kerschbaumer, Gert: Marianne Innerberger, in: Stolpersteine. Ein Kunstprojekt für Europa von Gunter Demnig, online unter URL: http://www.stolpersteine-salzburg.at/de/orte_und_biographien?victim=Innerberger,Marianne (letzter Zugriff: 24.01.2018). Innerbergers Frau wurde von den Gewaltmaßnahmen des NS-Staates nicht verschont. Sie wurde nach Auschwitz deportiert und dort im November 1942 ermordet.

Kriegsende zum Bürgermeister Salzburgs avanciert. Dem Sozialdemokraten war es trotz seiner politischen Vergangenheit gestattet, in der öffentlichen Verwaltung Salzburgs tätig zu sein. Im Sommer 1944 wurde Neumayr dann ohne Angabe von Gründen von der Gestapo verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau verbracht. Ende Januar 1945 wurde er wieder aus der KZ-Haft entlassen – Neumayr selbst vermutete nach Kriegsende Scheels Wirken hinter seiner Freilassung und sprach sich in dessen Spruchkammerverfahren für ihn aus. Der Gauleiter war allerdings keinesfalls gewillt gewesen, für den Sozialdemokraten einzutreten; als sich dessen Sohn Anton Neumayr jun. bei Scheel für die Freilassung des Vaters starkzumachen versuchte, verweigerte Scheel unter dem Hinweis, nicht befugt zu sein, jede Art von Hilfe. Neumayr jun. verwendete lediglich Scheels Namen, um seinen Vater im Konzentrationslager Dachau besuchen zu können – dies aber ohne Genehmigung durch den Gauleiter.¹²⁰

Die enorme Popularität Scheels, die auch im Salzburg der Nachkriegszeit lange anhielt, war aber nicht nur Ergebnis der Scheel'schen Kulturpolitik und seiner gelegentlichen und unberechenbaren Milde. Lange rechnete man ihm hoch an, dass er Ende 1943 anregte, weitreichende Luftschutzmaßnahmen für die Stadt Salzburg und deren Umgebung vorzunehmen.¹²¹ Ein zum 70. Geburtstag Scheels veröffentlichtes Glückwunschsreiben des Salzburger Landeshauptmanns Wilfried Haslauer (1926-1992) und des Landesrats Walter Leitner (1915-2002) gibt einen Eindruck, wie sehr sich so ein positives Bild des ehemaligen Gauleiters im Salzburger Land manifestiert hatte: „Wie ich erfahre, werden Sie nach schwerer Krankheit am 22. November die Vollendung ihres [sic!] 70. Lebensjahres feiern. Über alle Gegensätze hinweg ist mir die Bedeutung Ihrer Tätigkeit von 1941 bis 1945 in Salzburg bewußt und Ihre Korrektheit bekannt. Sie haben mit Ihrer Initiative für den Bau von Luftschutzstollen in den Stadtbergen und mit der Verhinderung sinnlosen Blutvergießens und sinnloser Zerstörung in den Zusammenbruchstagen 1945 dem Land und der Stadt Salzburg noch Schlimmeres erspart.“¹²²

Neben den Luftschutzmaßnahmen sprechen Haslauer und Leitner in ihrem Schreiben einen weiteren Grund für die Aufgeschlossenheit der Salzburger gegenüber Scheel an: sein vermeintlicher Einsatz für die kampflose Übergabe der Stadt Salzburg an amerikanische Truppen am 4. Mai 1945. Als Teil der „Alpenfestung“¹²³ war Salzburg im Frühjahr 1945 zunehmend unter Beschuss alliierter Truppen geraten. Scheel, dem zu diesem Zeitpunkt bewusst sein musste, wie

¹²⁰ Vgl. StAL EL 903/3 BÜ 2241, Anton Neumayr sen. an Reinhold Möbius, 22.05.1947; Neumayr, Anton: Erinnerungen eines Arztes. Ein Leben für die Medizin und die Musik, Wien 2009, S. 143 f.; aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch ein Interview mit Neumayr jun., mutmaßlich aus dem Jahr 2013, vgl. Wir und Wien, Erinnerungen: Anton Neumayr (Internist), undatiert, online unter URL: <https://vimeo.com/72265680> (letzter Zugriff: 24.01.2018).

¹²¹ Vgl. Art. „Schutz vor Luftterror. Weitreichende Sicherheitsräume in unserer Stadt“, in: SZ, 24.10.1943, S. 4.

¹²² Salzburger Volkszeitung (SVZ), 22.11.1977, S. 8.

¹²³ Vgl. Lackerbauer, Ilse: Das Kriegsende in der Stadt Salzburg im Mai 1945 (= Militärgeschichtliche Schriftenreihe, Bd. 35), Wien 1977, S. 7.

aussichtslos die Lage des Deutschen Reiches war, wandte sich Ende des Monats in mehreren Rundfunkansprachen an die Bevölkerung Salzburgs. Noch am 17. April 1945 verhängte er das Standrecht für den Gau Salzburg und forderte: „Feiglinge, die für ihre Heimat, ihre Frauen und Kinder nicht kämpfen wollten, Diebe und asoziale Verbrecher müssen ihr Leben verlieren.“¹²⁴ Einer etwaigen Evakuierung der Stadt erteilte er nur wenig später die Absage.¹²⁵

Am 30. April schließlich verkündete Scheel: „Zur Gauhauptstadt stelle ich noch einmal fest, daß es mein und der zuständigen Stellen Bestreben ist, unsere Stadt von Feindeseinwirkungen fernzuhalten. Wir werden dem Feinde von uns aus keinen Anlaß geben, seine Geschütze und Bomben gegen unsere Stadt zu richten.“ – In der Bevölkerung war es diese Rundfunkansprache, die Scheel in ein positives Licht rückte; sie wurde „allgemein als Ankündigung der Erklärung Salzburgs zur offenen Stadt und des Verzichtes auf die Verteidigung des Stadtgebietes mit Waffen verstanden“¹²⁶ und prägte nicht unwesentlich das Nachkriegsbild Scheels in der Mozartstadt. Am 3. Mai übergab Scheel den Befehl über die Stadt dem Kampfkommandanten von Salzburg, Oberst Hans Lepperdinger (1905-1984). Während Scheel in den Pongau flüchtete, übernahm Lepperdinger die Übergabe-Verhandlungen mit den US-Amerikanern, die am 4. Mai erfolgreich abgeschlossen werden konnten¹²⁷ – die Stadt Salzburg wurde so vor der Vernichtung durch Kampfgefechte bewahrt. Scheels Verdienste um die Erhaltung der Stadt sind dabei sicherlich nicht abzusprechen, hätte er als Gauleiter doch Möglichkeiten besessen, die Stadt bis zur letzten Patrone verteidigen zu lassen. Indes muss man sehen, dass sein Handeln sehr wahrscheinlich weniger aus Heldenmut, denn aus nüchterner Überlegung entstand – angesichts seiner exponierten Position war völlig klar, dass er sich nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ seiner Verantwortung würde stellen müssen. Dass er in den letzten Kriegstagen die Verteidigung der Stadt Salzburg zumindest nicht vorangetrieben hatte, konnte hier nur entlastend wirken – und tatsächlich überlagerte diese Entscheidung im Nachgang vieles, was Scheel in Salzburg getan hatte.

Scheel und die rechtsextreme Szene der 1950er-Jahre

Hamburger Seilschaften und die F.D.P.

Die Umstände von Scheels Verhaftung am 14. Mai und die darauffolgenden Ereignisse sind schwer zu rekonstruieren. Fest steht, dass der ehemalige NS-Funktionär von den Amerikanern vorerst in ein Salzburger Gefängnis gebracht

¹²⁴ Art. „Wir werden in der Stunde der Gefahr nicht versagen. Gauleiter Dr. Scheel sprach zur Bevölkerung des Reichsgaues Salzburg“, in: SZ, 19.04.1945, S. 1.

¹²⁵ Vgl. Art. „Alles für die Zukunft unseres Volkes. Gauleiter Dr. Scheel sprach zur Bevölkerung des Reichsgaues“, in: SZ, 28. / 29.04.1945, S. 1.

¹²⁶ Archiv der Stadt Salzburg, NStA 963, Thomas Mayrhofer: Chronik der Gauhauptstadt Salzburg, 1945, S. 18.

¹²⁷ Vgl. Fuchs, Gernod: Befreit und besetzt. Die kampfblose Übergabe der Stadt Salzburg an die 3. US-Infanterie-Division am 04.05.1945 (=Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg, Beiheft 2), Salzburg 2015, S. 29 f.

wurde, von wo er den Gang durch verschiedenste Haftanstalten in Deutschland antrat.¹²⁸ Am 24. Dezember 1947 wurde seine Haft in Nürnberg vorerst beendet, was nahelegt, dass Scheel im Zuge der Weihnachtsamnestie freigelassen wurde.

Im Anschluss wurde er – angeblich auf Eigeninitiative – erneut interniert.¹²⁹ Die Spruchkammer Nordbaden ordnete Scheel daraufhin am 23. Dezember 1948 trotz seiner vielfältigen Verstrickungen in die Gruppe der „Belasteten“ ein – allerdings war man sich bewusst, dass er grundsätzlich „Hauptschuldiger“ sei. Man hielt ihm aber die bereits erwähnten Entlastungsmomente zugute, insbesondere den Einsatz für zum Tode Verurteilte und die „Rettung“ der Stadt Salzburg. Nachdem ihm die bisherige Haftzeit auf seine Strafe angerechnet wurde und die verbliebenen eineinhalb Jahre nicht vollstreckt wurden, konnte Scheel Weihnachten 1948 erneut als freier Mann das Lager-Hospital in Ludwigsburg verlassen.¹³⁰

Kurz nach Abschluss seines Entnazifizierungsverfahrens zog Scheel 1949 nach Hamburg, wo er wieder als Arzt zu arbeiten begann. Behilflich dabei war ihm der bekennende Nationalsozialist Heinrich Kunstmann (1900-1964), der als Chefarzt im Amalie-Sieveking-Krankenhaus praktizierte und Scheel eine Stelle als Assistenzarzt vermittelte.¹³¹ Aufgrund seiner exponierten Stellung im „Dritten Reich“ war eine politische Reintegration auf größerer Bühne für Scheel ausgeschlossen – als ehemaligem Reichsstudentenführer und Gauleiter musste ihm klar sein, dass viele Türen in der bundesrepublikanischen Politik, nicht zuletzt aufgrund der Bestimmungen des Befreiungsgesetzes, für ihn verschlossen sein würden.¹³² Eine erfolgreiche Karriere innerhalb der Medizin schien ebenfalls sehr unwahrscheinlich; dies hing in erster Linie mit der fehlenden Berufspraxis zusammen, schließlich war er nach seiner Promotion nie als Arzt tätig gewesen. Es ist anzunehmen, dass Scheel, der sich im besten Alter befand und seit 1930 stetigen beruflichen Aufstieg gewöhnt war, einen gewissen Geltungsdrang verspürte, der mit einer Stellung als Assistenzarzt nicht zu befrieden war.

Aufgrund seiner ehemaligen Stellung verfügte er aber über ein breites Netzwerk an Kontakten in ganz Deutschland und allein durch seine Tätigkeit in

¹²⁸ Zur Verhaftung vgl. ebd., S. 23. Scheel saß in Fürstenfeldbruck, Augsburg, Seckenheim, Kornwestheim, Heidelberg, erneut Kornwestheim, Dachau und schließlich im Justizgefängnis Nürnberg ein, vgl. Lilla (wie Anm. 2), S. 549.

¹²⁹ Vgl. Hofinger (wie Anm. 107), S. 140.

¹³⁰ Vgl. StAL EL 903/3 Bü 2241: Spruch der Zentral-Spruchkammer Nord-Württemberg gegen Scheel, 23.12.1948; Lilla (wie Anm. 2), S. 549.

¹³¹ Vgl. BAArch Koblenz B 362/5768, Voruntersuchungssache gegen Scheel am 04.04.1953. Kunstmann war ebenfalls NSDAP- und SA-Mitglied gewesen und bekennender Antisemit. Scheel hatte er vermutlich noch in Heidelberg kennengelernt, wo er ab 1934 als Honorarprofessor lehrte, vgl. Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2016(2), S. 353. Man befand sich im Krankenhaus durchaus in illustrierter Runde: So war die Ehefrau von Karl Dönitz offenbar Sprechstundenhilfe Kunstmanns, vgl. Willing (wie Anm. 1), S. 73.

¹³² Vgl. StAL EL 903/3 Bü 2241: Spruch der Zentral-Spruchkammer Nord-Württemberg gegen Scheel, 23.12.1948.

Kunstmanns Krankenhaus befand er sich in Hamburg umgehend wieder „unter seinesgleichen“. Scheel unternahm nun Schritte, wieder politisch aktiv zu werden: Erste Anlaufstelle war schon unmittelbar nach seinem Umzug die sogenannte Bruderschaft, ein Hamburger Geheimbund, der von dem ehemaligen Major Helmut Beck-Broichsitter (1914-2000) und dem einstigen SS-Führer Alfred Franke-Gricksch (1906-1952) gegründet worden war. Ziel des Bundes war es, Schlüsselpositionen in politischen Parteien und der Beamtenschaft durch Infiltrierung in die Hände ehemaliger (und immer noch) nationalsozialistischer Kräfte fallen zu lassen. Außer Scheel fanden sich hier noch weitere prominente Nationalsozialisten: So war der frühere Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann (1900-1969) ebenso wie Alfred Frauenfeld (1898-1977), einstiger Gauleiter Wiens, und Artur Axmann (1913-1996), vormaliger Reichsjugendführer, Mitglied in dem Hamburger Geheimzirkel. Zeitgleich unterhielt Scheel eine ganze Reihe von weiteren Kontakten, unter anderem zu Vertretern der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS“ (HIAG) oder dem „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE).¹³³

In Folge des beginnenden Auseinanderfallens der Bruderschaft¹³⁴ gründete er 1951 eine neue Hamburger Gruppe, die seinen Wünschen entsprechend allerdings nicht nach außen hin auftrat. Scheel schien bei seinen politischen Nachkriegsaktivitäten sehr auf Vorsicht bedacht und „legte eine ausgesprochene Scheu und Zurückhaltung an den Tag, sich überhaupt mit irgendwelchen Dingen zu befassen, die ihn exponieren oder seine jetzige Stellung gefährden konnten.“¹³⁵ Sein Bemühen um Unauffälligkeit entsprechend wurde der neugegründete Zirkel euphemistisch als „Herrenclub“ bezeichnet, die Mitglieder selbst sprachen immer wieder von einem „Stammtisch“;¹³⁶ tatsächlich traf sich die Gruppe, in der auch wieder die bereits erwähnten Kaufmann, Kunstmann und Frauenfeld organisiert waren¹³⁷, regelmäßig, um über politische Themen zu sprechen. Doch so unverfänglich, wie man später Glauben machen wollte, waren die Abende unter Scheels Leitung nicht: Obwohl im Gegensatz zu vergleichbaren Organisationen ein wirkliches Programm des Clubs fehlte, kamen hier wichtige Vertreter der extremen politischen Rechten zusammen. Ähnlich wie Scheel selbst, der für die frühen 1950er-Jahre als wichtigster Verbindungsmann ehemaliger Nationalsozialisten – mindestens für Norddeutschland – angesehen werden muss, diente sein Herrenclub wohl vor allem dem Austausch

¹³³ Vgl. Baldow, Beate: Episode oder Gefahr? Die Naumann-Affäre, Berlin 2012, S. 34 ff., 67 und 71.

¹³⁴ Vgl. BArch Koblenz B 362/5768, Voruntersuchungssache gegen Scheel am 04.04.1953.

¹³⁵ BArch Koblenz B 362/5773: Voruntersuchungsakten gegen Wehlen u.A.: Vernehmung des Angeschuldigten August Moritz, 14.10.1952.

¹³⁶ BArch Koblenz B 362/5777: Oberbundesanwalt bei dem Bundesgerichtshof an den Vorsitzenden des 6. Strafsenats: Abschluss der Voruntersuchung, 29.06.1953.

¹³⁷ Weitere Mitglieder waren der ehemalige SA-Oberst Gunnar Berg (1907-1974), Karl Scharping (1908-nach 1969), der im Propagandaministerium tätig gewesen war, der ehemalige Generalstaatsanwalt für Bremen und Hamburg Hans Haack, der ehemalige Gauschulungsleiter für Danzig, Wilhelm Löbsack (1908-1959) sowie Alfred Salat, der als Verlagsleiter die Münchner Neuesten Nachrichten geführt hatte; auch Inge Dönitz gehörte dem Kreis an, vgl. BArch Koblenz B 362/5777: Abschrift der Sendung „Der Fall Naumann“ im NWDR, Hörfolge, 09.06.1953.

und der Absprache zwischen unterschiedlichen rechtsextremen Gruppen, die sämtlich ein gemeinsames Ziel verfolgten: die Wiederherstellung der alten Ordnung in einem unabhängigen und wiedervereinigten Deutschland bei gleichzeitiger Abschaffung der demokratischen Errungenschaften der jungen Bundesrepublik.

Scheels Tätigkeit im rechtsextremen Milieu erreichte ihren Höhepunkt durch seine führende Mitarbeit innerhalb zweier größerer Organisationen, die sich die Kontakte des Multiplikators zunutze machten: So war er im sogenannten Naumann-Kreis¹³⁸ aktiv, der unter Führung des ehemaligen Staatssekretärs im Propagandaministerium, Werner Naumann (1909-1982), Schritte unternahm, die nordrhein-westfälische F.D.P. zu unterwandern und so in das Zentrum der bundesrepublikanischen Politik vorzudringen;¹³⁹ auch betätigte sich Scheel im Freikorps Deutschland, das durch Bildung einer Schattenregierung und militärischer Verbände spätestens nach der Bundestagswahl im Jahr 1957 die politische Macht übernehmen wollte. Gegen beide Gruppen wurden Anfang der 1950er-Jahre Ermittlungen aufgenommen, die jeweils zur (vorübergehenden) Festsetzung der führenden Mitglieder führte.

Naumann und Scheel waren bereits vor 1945 miteinander bekannt gewesen und intensivierten ihre Beziehung spätestens seit Herbst 1951 wieder.¹⁴⁰ Scheels Aufgabe innerhalb des Naumann-Kreises war die Leitung des Hamburger Ablegers der Organisation, die ihr Machtzentrum in Düsseldorf hatte; eine Neugründung war hierbei nicht nötig, fungierte doch der Hamburger Herrenclub nun innerhalb des Naumann'schen Zirkels.¹⁴¹ Der Schulterchluss zwischen Hamburg und Düsseldorf war für Scheel in zweifacher Hinsicht keine Degradierung: Einerseits stieg er als „wichtigster Handlager“¹⁴² Naumanns spätestens jetzt zu einer der herausragenden Persönlichkeiten innerhalb der rechtsradikalen Szene auf, andererseits konnte er weiter das Rampenlicht meiden und aus dem Hintergrund agieren – diese Taktik sollte sich in den folgenden Verfahren gegen die Gruppe noch für ihn auszahlen.

Werner Naumann hatte für seine Zwecke Kontakt zum Landesverband der F.D.P. in Nordrhein-Westfalen unter Leitung Friedrich Middelhaues (1896-1966) gesucht; dort schien sich die Möglichkeit zur Infiltration zu bieten, die Naumann – und hier schließt sich der Kreis – im Sinne der Hamburger Bruderschaft, von der er sich das Vorgehen abgeschaut hatte, zu nutzen gedachte: Mit dem Entwurf eines „Deutschen Programms“ sollte die F.D.P. als „Nationale

¹³⁸ Bisweilen auch „Gauleiter-Kreis“. Vgl. allgemein zu den Aktivitäten Naumanns und seiner Mitstreiter die grundlegende Arbeit von Baldow (wie Anm. 133)

¹³⁹ Vgl. Trittel, Günter J.: „Man kann ein Ideal nicht verraten...“. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013.

¹⁴⁰ Vgl. Baldow (wie Anm. 133), S. 71 ff.

¹⁴¹ Vgl. BAArch Koblenz B 362/5773: Vernehmung des Zeugen Horst Huisgen, 13.10.1953. Für eine vollständige Auflistung aller Mitglieder des Hamburger Kreises vgl. Baldow (wie Anm. 133), S. 321 ff.

¹⁴² Baldow (wie Anm. 133), S. 88.

Sammlung“ die Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten ermöglichen. Durch Scheels Arbeit in Norddeutschland geriet auch die niedersächsische F.D.P. in das Visier der Verschwörer, sodass man sich im Frühjahr 1952 mehrmals mit Repräsentanten der Freidemokraten traf. Scheel organisierte die entsprechenden Treffen in Hannover und war an den Verhandlungen beteiligt, die in erster Linie mit Hauptgeschäftsführer Horst Huisgen (1913-?) sowie dem Landesvorsitzenden Artur Stegner (1907-1986) geführt wurden.¹⁴³

Als sich Ende 1952 die linksliberalen Kräfte innerhalb der F.D.P. durchzusetzen wussten, war offensichtlich, dass die Chancen des Naumann-Kreises, hier Fuß zu fassen, gering waren; man wandte sich deshalb anderen Parteien und Organisationen zu, mit denen Scheel und Naumann – bei unterschiedlichem Erfolg – ebenfalls zu kooperieren versuchten. Scheel wurde hier als Unterhändler in Verhandlungen mit der BHE, der Sozialistischen Reichspartei (SRP), der Deutschen Partei (DP), der Deutschen Gemeinschaft (DG) oder zuletzt der Deutschen Reichspartei (DRP) tätig. Kurz vor Verhaftung der führenden Köpfe trat Naumann die Flucht nach vorn an und entschloss sich zu einer Bundestagskandidatur für die DRP, geisterte sein Name als Anführer einer „nationalsozialistischen Verschwörung“ doch bereits seit Wochen durch die internationale Presse. Neben seiner Kandidatur blieb die Frage eines Zusammenschlusses diverser Rechtsparteien für die Wahl offen, den Scheel und Kunstmann wenige Tage vor der Festnahme mit dem führenden DRP-Mann Adolf von Thadden (1921-1996) in ihrem Hamburger Krankenhaus diskutierten. Nachdem Naumann die Führung eines neuen rechten Blocks ablehnte, die Parteien aber keine andere Einigung erzielen konnten, wurden diese Pläne aber verworfen. Während Naumann trotzdem gewillt war, für die DRP in die öffentliche Politik zurückzukehren, hegte Scheel keinerlei Ambitionen, parteipolitisch aktiv zu werden.¹⁴⁴ Völlig außer Frage stand eine Kandidatur: Aus bereits genannten Gründen konnte Scheel keinesfalls hoffen, mit einem solchen Anliegen Erfolg zu haben, sodass er zwar weiter aktiv blieb, aber aus dem Hintergrund agierte.

Verfahren gegen die Naumann-Verschwörer und das Freikorps Deutschland
Gleichzeitig hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bereits seit Mitte 1952 Ermittlungen gegen die Gruppe um Naumann eingeleitet, ohne allerdings zunächst einschreiten zu wollen; auch der englische Geheimdienst interessierte sich für den Kreis, dessen Situation sich kurz vor Weihnachten Ende 1952 weiter zuspitzte. Im „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“ erschien ein auf britischen Quellen aufbauender Artikel über die Verschwörer, in dem auch Scheels Name genannt wurde. Der Hohe Kommissar für die britische Besatzungszone Ivone Kirkpatrick (1897-1964) verlor wenig später die Geduld mit seinen deutschen Amtskollegen: Noch am 29. Dezember holte er sich die Erlaubnis zur Festnahme von insgesamt neun Personen des Naumann-Kreises ein. Zwei Wochen

¹⁴³ Vgl. BAArch Koblenz B 362/5778: Oberbundesanwalt bei dem Bundesgerichtshof an den Untersuchungsrichter: Ermittlungsverfahren gegen Naumann u.a., ohne Datum.

¹⁴⁴ Vgl. Baldow (wie Anm. 133), S. 195 ff.

später, am 14. Januar 1953 wurde Gustav Adolf Scheel zusammen mit seinen Komplizen in einer zwischen Düsseldorf und Hamburg koordinierten Aktion festgenommen und in das britische Militärgefängnis in Werl gebracht. In dem wenige Tage nach der Festnahme veröffentlichten Kommuniqué wurde deutlich, dass man sich der Verstrickung Scheels und seiner Rolle innerhalb des Naumann-Kreises durchaus bewusst war: So fiel sein Name nach Naumanns an zweiter Stelle auf der Festgenommenen-Liste.¹⁴⁵

War Ivone Kirkpatrick anfangs noch optimistisch gewesen, den Mitgliedern der Gruppe bald das Handwerk legen zu können, sollten sich diese Hoffnungen schon wenig später zerschlagen: So verliefen die Verhöre der Verdächtigen einerseits wenig ertragreich, wozu auch Scheel beitrug, der zwar bereitwillig Auskunft über seine Kontakte gab, aber ansonsten wenig über Hierarchien und Verantwortliche preisgeben wollte; andererseits war es trotz umfangreichen Materials unerwartet schwierig, der Gruppe nachzuweisen, dass sie eine Verschwörung mit dem Ziel eines autoritären Regimes geplant hatte. Als das deutsche Innenministerium wenige Monate später guten Willen zeigte und Mitglieder des ebenfalls mit Scheel in Verbindung stehenden Freikorps Deutschland verhaftete, wurden in London Stimmen laut, auch die Naumann-Gruppe der deutschen Justiz zu übergeben. Nach Versicherungen Adenauers, die Angeklagten zumindest aufgrund des Straftatbestands der „Geheimbündelei“ vor Gericht bringen zu wollen, wurden Scheel und seine Komplizen schließlich an die deutschen Behörden übergeben. Am 28. März wurde Haftbefehl gegen Scheel erlassen und eine gerichtliche Voruntersuchung genehmigt, die ein Verfahren wegen „Bildung einer verfassungsfeindlichen Vereinigung“ und „Geheimbündelei“ zum Ziel hatte.¹⁴⁶

Scheel, der von einer zwischenzeitlichen Aufhebung von Haftbefehlen nicht betroffen gewesen war, gelang es in den nachfolgenden Monaten, die Untersuchungsrichter davon zu überzeugen, dass er nur unwesentlich in die Angelegenheit verwickelt war. So hieß es im Abschluss der Voruntersuchung, dass „von einer führenden Beteiligung Scheels an der Tätigkeit des Stammtisches [nicht] gesprochen werden kann.“ Auch in Bezug auf den gesamten Naumann-Kreis sei der Beweis, „daß Zweck oder Tätigkeit dieses Kreises sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten“, nicht zu erbringen.¹⁴⁷

Dass sich Scheel aus der Verantwortung stehlen konnte, überrascht insofern, als zeitgleich mit den Ermittlungen in der Naumann-Sache ein zweites Verfahren gegen ihn lief, das in Form und Inhalt ganz ähnlich gelagert war. So tauchte sein Name im Zuge der Ermittlungen gegen das Freikorps Deutschland auf, das am 17. August 1951, ebenfalls in Hamburg, gegründet worden war und dem vom

¹⁴⁵ Vgl. ebd. (wie Anm. 133), S. 201 ff.

¹⁴⁶ Vgl. ebd., S. 245 ff.

¹⁴⁷ Beide Zitate aus BArch Koblenz B 362/5777: Oberbundesanwalt bei dem Bundesgerichtshof an den Vorsitzenden des 6. Strafsenats: Abschluss der Voruntersuchung, 29.06.1953.

BfV ein verfassungsfeindlicher Charakter beschieden wurde.¹⁴⁸ Als Geheimbund mit militärischem Aufbau verfolgte man unter Leitung Hermann Lamps und Eberhard Hawrankes das Ziel, die parlamentarische Demokratie zu beseitigen und durch ein Führersystem zu ersetzen.¹⁴⁹ Künftiges Staatsoberhaupt sollte der ehemalige Großadmiral Karl Dönitz (1891–1980) werden, der bis zu seiner Befreiung aus der Haft durch ein Schattenkabinett, die „Deutsche Führung“, vertreten werden sollte.¹⁵⁰ Scheel wurde verdächtigt, Teil dieser „Deutschen Führung“ zu sein und an ihrem Aufbau mitgewirkt zu haben; Hermann Lamp führte die Idee zu dieser Schattenregierung sogar auf ihn zurück. Wie auch in der Naumann-Verschwörung leugnete er zu großen Teilen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe; in dieser Angelegenheit bestritt er gar rundherum, an jedweder Art von Netzwerk beteiligt gewesen zu sein – auch von einer „Deutschen Führung“ wollte er nichts gewusst haben.¹⁵¹ Scheels Taktik war abermals erfolgreich: Am 19. Mai 1954 beantragte der Oberbundesanwalt seine Außerverfolgungssetzung.¹⁵² Grund hierfür war der Mangel an Beweisen, die eine weitere Strafverfolgung gerechtfertigt hätten.¹⁵³

Trotz seiner massiven Verstrickung in rechtsradikale Umsturzversuche war es Scheel in beiden Verfahren gelungen, nicht belangt zu werden. Man mag dies seinem Geschick zuschreiben, vollbrachte er doch das Kunstwerk, in beiden Ermittlungen den Verdacht von sich abzulenken; vielmehr offenbart es aber wohl die Schwierigkeiten, die der Adenauerregierung in den 1950er-Jahren im Umgang mit und der Verurteilung von rechten Revisionisten erwachsen. Bezeichnend war in diesem Zusammenhang nicht nur der Umgang mit Scheel, der in beiden Verfahren nicht als Führungskraft der Gruppen identifiziert worden war: Auch die Hauptangeklagten Naumann, Hawranke und Lamp mussten von den Maßnahmen der Bundesjustiz nicht beeindruckt sein. Naumann wurde wie Scheel 1953 freigelassen; Hawranke und Lamp mussten jeweils nur für einige Monate in Haft.¹⁵⁴

Ein nationalsozialistischer Überzeugungstäter

Scheel konnte im Alter von nicht einmal 50 Jahren auf eine Karriere zurückblicken, die nach 1933 an Fahrt aufgenommen hatte, deren Abbruch in der Bundesrepublik er aber vergebens zu verhindern versucht hatte. Nach dem Schei-

¹⁴⁸ Das Freikorps ist in der Forschung bisher weitgehend unbeachtet geblieben. Hinweise finden sich bei Hirsch, Kurt: Die Blutlinie. Ein Beitrag zur Geschichte des Antikommunismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1960, S. 164 ff.; wenige Anmerkungen auch bei Tauber, Kurt P.: Beyond Eagle And Swastika. German Nationalism Since 1945, Bd. 1, Middletown 1967, S. 122, 244 und 251.

¹⁴⁹ Vgl. BAArch Koblenz B 106/15574: Ermittlungsverfahren gegen Lamp u.a., 13.04.1953.

¹⁵⁰ Vgl. BAArch Koblenz B 106/15574: BfV: Freikorps Deutschland, ohne Datum.

¹⁵¹ Vgl. BAArch Koblenz B 106/15574: Ermittlungsverfahren gegen Lamp u.a., 13.04.1953.

¹⁵² Vgl. BAArch Koblenz B 106/15574: BfV: Freikorps Deutschland, 19.05.1954.

¹⁵³ Vgl. BAArch Koblenz B 106/15574: Entwurf des Oberbundesanwalts an den Vorsitzenden des 6. Strafsenats, 25.03.1954.

¹⁵⁴ Vgl. BAArch Koblenz B 106/15574: Ausschnitt aus Frankfurter Rundschau, 23.09.1954.

tern seiner Umsturzpläne Mitte der 1950er-Jahre wird er in den Quellen politisch nicht mehr greifbar; tatsächlich scheint er 1954 eine eigene Arztpraxis in Hamburg eröffnet zu haben, die er bis 1977 führte. Am 25. März 1979 starb er in der Hansestadt.

Offensichtlich ist, dass sein Lebenslauf für die Frage nach der eigenen Schuld nur einen Schluss zulässt: Gustav Adolf Scheel war in mehrfacher Hinsicht Täter des nationalsozialistischen Regimes. Als Hochschulpolitiker und Reichsstudentenführer zeichnete er verantwortlich für die Vertreibung vieler Studierender und Professoren von den Universitäten. Dass er kurz vor Kriegsende als „einflussreichste[r] Hochschulpolitiker“¹⁵⁵ des nationalsozialistischen Staates gelten konnte, kann jedoch über seine vielen Misserfolge, insbesondere der misslungenen Beziehung zur eigenen Studentenschaft, nicht hinwegtäuschen. Sein Aufstieg war weniger Ergebnis erfolgreicher Arbeit als vielmehr eines dichten Netzwerkes an Kontakten, das ihn gegenüber Rust und dem REM stützte; insofern war er lediglich ein „stabilerer Nachfolger zahlreicher glückloser Vorgänger“¹⁵⁶, der auch aufgrund seines jungen Alters zunehmend in höhere Ämter aufstieg. In seiner Eigenschaft als führender SD-Mitarbeiter war er zudem in die nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsass involviert, wo er die Verfolgung von Juden, politisch Andersdenkenden und weiteren Opfergruppen anführte und in das System der Konzentrations- und Durchgangslager eingebunden war. Auch in Salzburg wurde Scheel als Gauleiter bei der Verfolgung politischer Gegner aktiv und setzte sich für die Ausgrenzung von vermeintlich „Asozialen“ ein – seine einzelnen Anstrengungen für Gnadengesuche und die angebliche „Rettung“ der Stadt Salzburg überlagerten nach 1945 diese Taten, so dass seine Person bis in die 1970er Jahre, auch aufgrund seiner Entlastungsstrategie im Rahmen der Entnazifizierung, positiv rezipiert wurde. In den Ermittlungsverfahren gegen die Naumann-Gruppe und das Freikorps Deutschland gelang es Scheel, das politische Unschuldslamm zu mimen, das lediglich den Kontakt zu alten Bekannten gesucht habe. Sein Engagement in rechtsextremen Geheimbünden in der jungen Bundesrepublik rundet aber im Gegenteil das Bild eines nationalsozialistischen Überzeugungstäters ab, der sich mit dem Untergang des „Tausendjährigen Reiches“ nicht abzufinden vermochte.

¹⁵⁵ Grüttner (wie Anm. 27), S. 100.

¹⁵⁶ Heiber (1994) (wie Anm. 22), S. 464.